

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

33. Sitzung vom 16. Oktober 2017 von 18:00 bis 23:30 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Andrea Duschén, Präsident

Protokollführung Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz

Einwohnerrat 18:00 Uhr – 18:20 Uhr

Mitglieder des Einwohnerrats: 35

Absolutes Mehr: 18

Zweidrittelsmehr: 24

Einwohnerrat 18:20 Uhr – 20:10 Uhr

Mitglieder des Einwohnerrats: 38

Absolutes Mehr: 20

Zweidrittelsmehr: 26

Einwohnerrat 20:10 Uhr – 22:10 Uhr

Mitglieder des Einwohnerrats: 37

Absolutes Mehr: 19

Zweidrittelsmehr: 25

Einwohnerrat 22:10 Uhr – 23:30 Uhr

Mitglieder des Einwohnerrats: 35

Absolutes Mehr: 18

Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Paul Huwiler, Vizeammann

Bruno Breitschmid, Gemeinderat

Ruedi Donat, Gemeinderat

Roland Vogt, Gemeinderat

Urs Kuhn, Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Marco Veil, Chef Regionalpolizei

Matthias Schatzmann, Stv. Chef Regionalpolizei

Roland Konrad, Leiter Planung, Bau und Umwelt

Christoph Meyer, Leiter Tiefbau

Zeliha Kuscuoglu, Leiterin Liegenschaften

Carmine Monteleone, Projektleiter Liegenschaften

Gregor Kaufmann, Finanzverwalter

Gerold Brunner, Leiter Betriebsamt
Urs Spillmann, Leiter Soziale Dienste
Thomas Laube, Steueramtsvorsteher
René Bossert, Bereichsleiter Informatik
Marcel Christen, Kommandant Feuerwehr
Franco Corsiglia, Präsident der Schulpflege
Rolf Stadler, Präsident der Schulleiterkonferenz
Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung

Entschuldigungen

Gemeindeammann vakant
Samuel Keller, FDP
Daniela Oftinger, CVP
John Koch, SVP, (anwesend ab 18:20 Uhr)
Mika Heinsalo, Dorfteil Anglikon, (anwesend ab 18:22 Uhr)
Harry Lütolf, CVP, (anwesend ab 18:24 Uhr)
Julia Frischknecht, GLP, (abwesend ab 20.10 Uhr)
Roland Büchi, SVP, (abwesend ab 22:10 Uhr)
Vinzent Uhr, CVP, (abwesend ab 22:10 Uhr)

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Mergim Gutaj, SP
3. Ersatzwahl 1 Mitglied Einbürgerungskommission
4. Budget 2018 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (13155)
5. ~~Kenntnisnahme Finanzplan 2018 – 2027 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (13156)~~
 - ▶ Verschieben auf die Einwohnerratssitzung vom 20. November 2017

Duschén Andrea, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 25. September 2017 zu verzeichnen:

- Bericht zum Budget der FIKO
- Bericht zum Finanzplan der FIKO
- Bericht und Antrag 13161 betreffend Privatisierung der Grüngutentsorgung und Änderung des Abfall-Reglements

Duschén Andrea, Präsident: Liest das Amtsgelübde vor.

Mergim Gutaj, SP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Mergim Gutaj ist somit als Nachfolger von Corinne Maniakis in Pflicht genommen.

Ersatzwahl 1 Mitglied Einbürgerungskommission

Meier Cyrille, SP: Gerne schlage ich aus unserer Partei Alex Stirnemann als Ersatzmitglied in die Einbürgerungskommission vor. Er soll an den letzten Sitzungen dieser Kommission noch teilnehmen. Alex Stirnemann ist Mitglied des Einwohnerrates und auch sonst in Wohlen bereits sehr bekannt.

Antrag auf offene Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ersatzwahl als Mitglied der Einbürgerungskommission

Alex Stirnemann wird mit 34 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung gewählt.

Duschén Andrea, Präsident: Ich gratuliere Alex Stirnemann herzlich zu dieser Wahl.

Stirnemann Alex, SP: Ich nehme die Wahl an.

Rückweisungsantrag

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Für die Erstellung des Budgets ist der Gemeinderat zuständig. Die Finanzkommission nimmt Stellung zum Budget. So sieht es das Gemeindegesetz des Kantons Aargau vor. Ich wurde dieses Jahr vermehrt darauf angesprochen, weshalb die Finanzkommission nicht vor der Publikation des Budgets die Positionen mit dem Gemeinderat bespricht. Wir haben gemäss Gemeindegesetz eine klare Aufgabenteilung. Der Gemeinderat erstellt und die Finanzkommission nimmt Stellung und nicht umgekehrt, obwohl diese Variante sicher erfolgsversprechender wäre. Wenn sich der Gemeinderat an sein Legislaturprogramm, das er sich selber gegeben hat, halten würde, müsste die Finanzkommission auch nicht so viel kritisieren. Zudem haben diverse Besprechungen mit dem Ressortvorsteher Finanzen, Gemeinderat Roland Vogt, sowie dem Leiter Finanzen Gregor Kaufmann und der Finanzkommission stattgefunden. Mindestens die beiden der Verwaltung kennen die detaillierte Haltung der Finanzkommission sowie auch die zahlreichen Fragen und Beanstandungen, welche gestellt, besprochen und teilweise auch beantwortet wurden. Die Finanzkommission stellt hier fest, dass unsere Fragen von einigen Abteilungen sehr ernst genommen und detailliert beantwortet werden und von anderen Abteilungen fühlen wir uns mit den erteilten Antworten eher betrogen. Einige Fragen sind auch zum heutigen Zeitpunkt nach wie vor nicht beantwortet. Zudem widerspricht sich die Finanz- und die Schulverwaltung wie es sich im Konto 2120.3170.00 sowie 2130.3170.00 zeigt. Die Erhöhung des Beitrages pro Schüler für den Projektunterricht hat im Budget eine wesentliche Erhöhung zur Folge und wird im Kommentar erwähnt, gemäss Schulverwaltung hat aber gar keine Erhöhung stattgefunden.

Das Jahr 2018 wird massgeblich vom neuen Finanz- und Lastenausgleich beeinflusst. Der Gemeinde Wohlen fließen rund CHF 3 Mio. zusätzliche Erträge zu. Deshalb auch der Steuerfussabtausch von 3%, welche die Steuerfussenkung von 113% auf 110% erklärt.

Dieses Budget 2018 wurde nach dem Motto „Es hät ja Platz“ erstellt. Statt mit den zusätzlichen Finanz- und Lastenausgleichserträgen die Selbstfinanzierung zu verbessern und die Verschuldung etwas weniger stärker ansteigen zu lassen, zeigt sich der Gemeinderat sehr grosszügig. 1,45% Lohnerhöhung neben den 3,3 zusätzlichen Stellen für die Verwaltung, hier und da wieder eine Analyse, welche letztes Jahr gestrichen wurde, trotz Personalausbau in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt wieder mehr externe Beratungen und Projektbegleitungen und zudem nicht in die Aufgabe der Gemeinde gehörende Investitionen. Ganz nach dem diesjährigen Budgetmotto „Dank dem Finanz- und Lastenausgleich häts ja Platz“.

Ich habe Bedenken, dass wieder unsägliche Kürzungsanträge kommen, welche nicht fundiert sind. Erinnern Sie sich an die vom Einwohnerrat vorgenommene Büromaterialkürzung von CHF 30'000 wegen dem 90-grämmigen Papier im letzten Jahr. Mich nimmt es wunder, wer von den Einwohnerräten immer noch der Meinung ist, dass diese Budgetkürzung wirklich auch umgesetzt wurde? Es wird in der Rechnung 2017 nicht mal mehr ein Kreuzchen mit einer Begründung erscheinen. Das sind neben dem ausführlichen schriftlichen Bericht einige zusätzliche Gründe, weshalb das Budget mit einem klaren Auftrag zurückgewiesen werden sollte. Nur weil jetzt die Amtsperiode endet, darf keinesfalls ein Argument sein für den Einwohnerrat, den vorliegenden Unsinn zu genehmigen.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen die Rückweisung des Budgets 2018 mit dem Auftrag an den Gemeinderat, das Budget zu überarbeiten und mit einem Steuerfuss von 110% und einem um CHF 900'000 verbesserten Selbstfinanzierungsgrad wieder vorzulegen.

Vogt Roland, Gemeinderat: Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag der FIKO aus folgenden Gründen abzulehnen. Der Einwohnerrat tagt heute Abend zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung, um eine Budgetdebatte zu führen. Ich möchte Sie dazu auffordern, diese Debatte zu führen und Ihre noch offenen Fragen zu stellen. Die verantwortlichen Personen sind vor Ort. Eine Rückweisung ist sinnfremd, wenn sie im Anschluss mit den Antworten doch nicht zufrieden sind. Bei einer Rückweisung kann es eini-

ge Monate dauern, bis das Budget dem Parlament erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Es macht keinen Sinn, dass die neue Legislative über das bestehende Budget beschliessen soll. Wenn Sie heute das Budget verabschieden, dann haben Sie die Möglichkeit das Budget nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Das neue Parlament, welches seinen Ratsbetrieb im Januar 2018 aufnehmen wird, soll nicht über das alte Budget befinden müssen. In der letzten Budgetsitzung – dieses und auch dasjenige Budget im Vorjahr wurden ebenfalls zurückgewiesen – wurde durch die FIKO eine Einsparung von CHF 900'000 gefordert, genau wie heute. Die FIKO ist nun jedoch interessanterweise mit dem Steuerfuss von 110% zufrieden. Werden Sie heute selber aktiv, behandeln Sie das Budget und beschliessen Sie über die bereits vorliegenden Sparanträge.

Fraktionsmeinungen

Keller Anna, Grüne: Wir finden eine Rückweisung des Budgets unverantwortlich. Wir als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte können heute Abend das vorliegende Budget beraten, unsere Differenzen diskutieren und darüber abstimmen. Dafür sind wir heute da, dafür haben wir den Abend reserviert! Nötigenfalls auch den Dienstagabend. Die jetzigen Gemeinderäte, die uns dieses Budget vorlegen, sitzen jetzt da und können unsere Fragen beantworten. Leider hat es die FIKO verpasst, vor ihrer Beschlussfassung mit dem Gemeinderat zu reden und Fragen, sowie Differenzen zu besprechen. Es fand erst nach Beschlussfassung eine Fragerunde mit dem Gemeinderat statt. Das hat uns sehr befremdet. In der GPK arbeiten wir umgekehrt, zuerst wird gefragt und dann diskutiert und entschieden. Wir haben im Januar einen neuen Gemeinderat, einen Einwohnerrat in neuer Zusammensetzung und ein neues Führungsmodell. Die neuen Gremien sollen samt beschlossenenem und bereinigtem Budget ihre Arbeit im neuen Jahr anfangen können und nicht zuerst Altlasten bewältigen müssen. Wir alle haben mit grosser Mehrheit für das neue Führungsmodell gestimmt. Das soll in Angriff genommen werden, das soll umgesetzt werden. Wir wollen keine Verzögerungen bis im März. Wir sind ganz klar gegen eine Rückweisung.

Meyer Meinrad, CVP: Die CVP Fraktion wird die Rückweisung nicht unterstützen. Die Äusserungen von Thomas Hoffmann, Präsident FIKO, sind meiner Meinung nach sehr hart ausgefallen. Das Budget weist ein positives Gesamtergebnis aus, was bei der angespannten Finanzlage in Wohlen mehr als erfüllt ist. Auch mit einer Rückweisung erhalten wir kein besseres Budget. Es braucht Investitionen in Wohlen um die Einnahmen zu verbessern. Sparen ist bei den Fixkosten nicht möglich und bei den beeinflussbaren Kosten nicht sinnvoll, weil es keine echten Sparmassnahmen sind, sondern nur Verzögerungen die die kommende Generation dann ausbaden muss. Unterstützen sie geschätzte Kolleginnen und Kollegen die Rückweisung nicht. Machen wir unseren Job und behandeln das Budget 2018 jetzt und heute.

Sax Simon, EVP/GLP: Zuerst bedanken wir uns bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Budgets 2018 sowie bei der FIKO für den Bericht. Es ist jetzt nun das 3. Budget in Folge, für das die FIKO die Rückweisung empfiehlt. Die inhaltlichen Gründe für die Rückweisung verstehen wir bestens. So ist die finanzielle Situation unserer Gemeinde nach wie vor ungenügend. Das Gesamtergebnis des Budgets ist zwar besser als dasjenige des Vorjahres, mit rund CHF 630'000 aber nach wie vor deutlich zu tief. Die Selbstfinanzierung beträgt rund CHF 4,1 Mio. Wenn man diese Zahl mit den geplanten Investitionen von CHF 10,5 Mio. vergleicht, erkennt man, dass wir nur rund 39% der geplanten Investitionen selber bezahlen können. Den Rest müssen wir als Kredit aufnehmen. An sich wäre das nicht allzu tragisch, wenn das einmalig wäre. Ist es aber nicht. Es geht in den nächsten Jahren so weiter. Das zeigt auch der Finanzplan deutlich auf. Was machen wir jetzt dieses Jahr mit der Rückweisung? Wir haben uns entschieden, dieses Jahr die Rückweisung nicht zu unterstützen.

1. Bei einer Rückweisung liegt jeweils erst in den ersten Monaten des neuen Jahres ein genehmigtes Budget vor. Das verzögert viele Abläufe und lähmt die Verwaltung.
2. Per 2018 startet eine teilweise neue Crew in der Gemeinde, der Einwohnerrat ist neu besetzt und es ist der Startschuss für das neue Führungsmodell. Es gibt also auch ohne Budgetüberarbeitung genug zu tun.
3. Wir als Einwohnerrat sollen und können das Budget 2018 heute Abend bearbeiten. Wenn wir mit einzelnen Positionen nicht einverstanden sind, können wir darüber abschliessend befinden.

Aus diesen Gründen unterstützen wir die Rückweisung nicht.

Das Grundproblem unserer Gemeinde ist und bleibt die ungenügende Leistungsfähigkeit, sprich der unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Steuerertrag. Uns ist bewusst, dass eine Verbesserung nicht von heute auf morgen hergezaubert werden kann. Es muss aber dringend damit begonnen werden. Die Finanzkommission ruft berechtigterweise schon seit über 10 Jahren zum Handeln auf.

Breitschmid Tobias, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon dankt der Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat für die Erstellung des vorliegenden Budgets. Im Speziellen danken wir der Finanzkommission für deren kritische Prüfung sowie den wertvollen Bericht. Die Argumente der FIKO sind nachvollziehbar. Aus diesem Grund unterstützen wir den Rückweisungsantrag einstimmig.

Stirnemann Alex, SP: Die SP wird diesen Rückweisungsantrag ebenfalls nicht unterstützen. Wir danken der FIKO dennoch für die Ausarbeitung des vorliegenden Berichtes. Von der FIKO sind wir etwas enttäuscht, dass sie es nicht geschafft haben, einen Wissensaustausch mit dem Gemeinderat herzustellen. Dies wäre absolut zentral und wichtig gewesen, wenn man das Budget abschliessend beurteilen möchte.

Geissmann Thomas, FDP: In unserer Fraktion fand eine sehr kontroverse Diskussion statt. In einem Punkt waren wir uns jedoch einig und zwar sind wir mit dem vorliegenden Budget überhaupt nicht zufrieden. Wir fragten uns nach dem richtigen Vorgehen, sollen wir den Rückweisungsantrag unterstützen oder sollen wir das Budget behandeln. Ich kann exemplarisch für die Fraktion meine eigene Person nehmen. Eine Stimme in mir sagt, dass wir ein Zeichen setzen müssen. Wie in den Vorjahren wird zu viel Geld ausgegeben und das Budget ist zu wenig verantwortungsvoll ausgearbeitet und soll zurückgewiesen werden. Die andere Stimme sagt jedoch, man muss vorwärts gehen und einen Pragmatismus an den Tag legen und wenn das Parlament schon zusammengekommen ist, soll das Budget auch behandelt werden. Wir werden in unserer Fraktion nicht einheitlich abstimmen. Dies ist jedoch vom Gemeinderat mitverschuldet.

Einzelvoten

Lanz Christian, SVP: Anna Keller erwähnte, dass in der GPK Fragen gestellt und dann beantwortet werden. Fragen werden auch besprochen. Dies findet alles vor den Fraktionssitzungen statt. Alex Stirnemann erklärte, dass er es nicht verstehen kann, dass die Finanzkommission es nicht schaffte, die Fragen zu behandeln und darauf Antworten zu erhalten. Ich möchte hier klar sagen, dass sich die Finanzkommission bemüht und Fragen gestellt hatte. Es hat vier Fragen gegeben, welche nicht klar gewesen sind und deren Beantwortung vom Finanzverwalter versprochen worden sind. Bis heute wurden diese jedoch nicht beantwortet. Dem Gemeinderat wurden zwei Termine gegeben, um die noch offenen Fragen zu klären. Der Gemeinderat konnte kein Termin wahrnehmen oder hat es nicht für nötig befunden, mit der Finanzkommission diese Fragen zu beantworten. Ich möchte hiermit klarstellen, wo der Fehler liegt. Dies ist ganz sicher nicht bei der Finanzkommission.

Palmieri Marco, parteilos: Ich möchte der FIKO ein ganz grosses Lob aussprechen, anstatt Kritik anzubringen. Wenn es ums Sparen geht, sollten wir uns nämlich intensiv darum kümmern. Es ist zwar ein operatives Ergebnis von CHF 800'000 sichtbar. Doch wenn man ehrlich ist und genau hinschaut, sieht es anders aus. Betreffend Finanzausgleich erhält die Gemeinde Geschenke. Ohne diese würde die Gemeinde CHF 4,5 Mio. im Minus stehen würden. Das sind Fakten und dies sind auch Gründe, weshalb man das vorliegende Budget zurückweisen sollte. So kann man dem Gemeinderat und der Verwaltung die Möglichkeit geben, Positionen im Betrag von CHF 1,2 Mio. zu kürzen. Ich stehe somit auch für die Rückweisung ein und hoffe, dass dann ein besserer Job geleistet wird im neuen Jahr.

Huwiler Paul, Vizeammann: Auch von meiner Seite aus bitte ich Sie den Rückweisungsantrag abzulehnen und die Diskussion zu führen. Es kann nicht sein, dass die neuen Leute nächstes Jahr ein Budget bearbeiten müssen, welches noch von der alten Zusammensetzung erstellt wurde. Wir sollten dies heute anpacken. Betreffend den Terminen mit der FIKO gab es Varianten. Ich hatte eher den Eindruck, dass man sich nicht finden wollte. Weiter machte es keinen Sinn mehr eine Besprechung über Fragen durchzuführen, wenn der Bericht der FIKO bereits veröffentlicht worden ist.

Burkard Thomas, Grüne: Eine Rückweisung erachte ich absolut unverhältnismässig, auch in Anbetracht der Begründung der FIKO. Ich finde es sogar sehr unvernünftig. Zudem ist die Kommunikation der FIKO als schwach zu bezeichnen. Ein solches Vorgehen habe ich nun bereits mehrmals erlebt. Kommunikativ ist die FIKO nicht auf der Höhe. Sie haben das Recht und die Pflicht auf den Gemeinderat zuzugehen. Weiter ist die Wortwahl des FIKO-Präsidenten in seinem Votum als grenzwertig zu bezeichnen. Die Verwendung von Kraftausdrücken ist wirklich inakzeptabel.

Muff Josef, SP: Mir fällt es eigentlich schwer mich hierzu zu äussern. Es ist unvernünftig das Budget zurückweisen zu wollen. Hier schliesse ich mich der Meinung meiner Vorredner an. Das Budget hat mit einem Thema zu tun, welches wir anlässlich der letzten Sitzung hier im Rat bereits besprochen haben: Vertrauen. Vertrauen gegenüber andern. Umgang miteinander. Hier im Rat wird aber nicht miteinander umgegangen, sondern wohl eher manchmal umgeschlagen. Ein solches Verhalten finde ich absolut daneben. Wenn wir die Zukunft betrachten und schauen, welche Aufgaben bevorstehen, dann ist eine Rückweisung des Budgets – weil die Finanzkommission andere Wünsche hat als die Mehrheit in diesem Rat – nicht in Ordnung. Wenn die Gemeinde Wohlen im Januar ohne Budget starten muss, mit einem neuen System, welches mit Sicherheit eine gewisse Einführungszeit benötigt bis alles zusammen passt, dann erschwert dies alles erheblich. Manchmal habe ich das Gefühl, dass solche Entscheidungen leichtfertig getroffen werden, ohne sich den Konsequenzen bewusst zu sein. Dem Gemeinderat wird der Auftrag erteilt das Budget auf Sparmöglichkeiten zu prüfen und entsprechend zu kürzen, obschon man weiss, dass die Gemeinde Wohlen am Schluss keinen Franken mehr hat. Dieser ganze Aufwand dafür, dass sich dann ein neues Parlament als erstes mit einem alten Geschäft auseinander setzen muss. Ich bitte die Mitglieder des Rates um die Behandlung des Budgets. Es können konstruktive Anträge gestellt werden. Das Budget kann so durchaus behandelt werden.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 18 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Hofmann Thomas, Präsident FIKO: Leider hat der Einwohnerrat aus Sicht der Finanzkommission die Weichen in die falsche Richtung gestellt. Was positiv zu werten ist, dass der Einwohnerrat die Verantwortung übernimmt, im Gegensatz zum Gemeinderat. Aus den Fraktionen werden jetzt diverse Reduktions-, Streichungs- und Erhöhungsanträge kommen, im Wert von rund CHF 1 Mio. Die Finanzkommission wird diese Streichungsanträge mehrheitlich unterstützen. Sollte die grosse Mehrheit dieser Sparanträge vom Einwohnerrat genehmigt werden, so kann die Finanzkommission das Budget 2018 am Schluss zur Genehmigung empfehlen. Werden diese Anträge abgelehnt, wird die Finanzkommission die Ablehnung des Budgets empfehlen.

Vogt Roland, Gemeinderat: Ich danke der Mehrheit des Einwohnerrates, dass das Budget heute Abend behandelt und darüber diskutiert werden kann. Der Gemeinderat ist bereit auf die Anträge einzugehen. Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion. Gerne erläutere ich Ihnen, mit einer kurzen Präsentation, Details zum vorliegenden Budget.



Allgemeines

Das Budget der Einwohnergemeinde basiert auf einem um 3% reduzierten Steuerfuss von 110%. Die Reduktion, kantonale Vorgaben an die Gemeinden, steht im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung und der Neuregelung des Finanzausgleiches.

Der Gesamtumsatz im Budget 2018 wird auf CHF. 91.0 Mio. geschätzt. In der Erfolgsrechnung fallen CHF. 78.3 Mio. (76.6 Mio. 2017) Aufwand und Ertrag und in der Investitionsrechnung CHF. 10.5 Mio. (13.7 Mio. 2017) Ausgaben und Einnahmen an.

Beim Personalaufwand soll für das Jahr 2018 eine individuelle, leistungsbezogene Lohnanpassung von CHF 150'000.- budgetiert werden, damit Spielraum für vorgesehene Personalentwicklungen im Lohnsystem vorhanden ist.

Über die weitere Verwendung der Aufwertungsreserve wurden neue Weisungen erlassen. Entnahmen dürfen über das Jahr 2018 hinaus weiterhin gemacht werden. Ziel ist es, Mehrabschreibungen gegenüber HRM1, bis zum Erreichen der Nutzungsdauer zu kompensieren.

Gesamtergebnis

	Budget 2018	Budget 2017	Rechnung 2016
Betrieblicher Aufwand	63'444'200	62'578'100	62'068'975
Betrieblicher Ertrag	60'834'800	58'947'200	60'145'427
Ergebnis aus betr. Tätigkeit	- 2'609'400	- 3'630'900	- 1'923'545
Ergebnis aus Finanzierung	1'759'600	1'774'200	1'820'042
Operatives Ergebnis	- 849'800	- 1'856'700	- 103'503
Ausserordentl. Ergebnis	2'350'400	2'532'600	2'532'622
Gesamtergebnis	1'500'600	675'900	2'429'119

ohne Spezialfinanzierung (SF)

Aus dem neuen Finanz- und Lastenausgleich fliessen der Gemeinde zusätzliche Erträge zu. Somit wird das Ergebnis gegenüber dem Budget 2017 sichtlich besser.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung beläuft sich der budgetierte **Aufwand und Ertrag auf je CHF 78.3 Mio.**, im Budget 2017 waren es noch knapp CHF 76.6 Mio.

Das Budget der Einwohnergemeinde basiert neu auf einem **Steuerfuss von 110%**. Dabei wurde der Steuerfussabtausch gem. kantonaler Vorgabe berücksichtigt (Kanton +3%, Gemeinde -3%)

Die Herausforderungen für den Finanzhaushalt in den Folgejahren sind sehr gross, denn es stehen bedeutende Investitionen in Werterhalt der bestehenden Anlagen wie auch neue Projekte an (Badi/Eisbahn, Bahnhof, Schulraum, usw.)

Die Selbstfinanzierung (ohne Spezialfinanzierungen) ist mit CHF 3.5 Mio. nach wie vor gering und liegt deutlich unter dem geplanten Nettoinvestitionsvolumen.

Gemeinde Wohlen						
BUDGET EINWOHNERGEMEINDE 2018						
Erfolgsrechnung	Budget 2018		Budget 2017		Rechnung 2016	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Allgemeine Verwaltung	8'015'900	2'055'600	7'207'300	2'071'400	7'250'583	1'974'494
Nettoaufwand	5'960'300			5'135'900		5'276'089
Öffentliche Ordnung	9'072'200	6'236'400	8'697'400	6'063'400	8'545'296	5'975'888
Nettoaufwand	2'835'800			2'634'000		2'569'400
Bildung	25'404'800	9'956'100	25'637'000	9'948'000	25'143'208	10'247'031
Nettoaufwand	15'448'700			15'689'000		14'896'177
Kultur, Sport, Freizeit	3'442'300	281'300	3'258'200	441'400	3'138'073	437'634
Nettoaufwand	3'161'000			2'816'800		2'700'439
Gesundheit	2'738'500	500	2'534'500	500	2'641'197	0
Nettoaufwand	2'738'000			2'534'000		2'641'197
Soziale Sicherheit	14'074'200	3'659'000	12'975'300	4'527'200	12'955'490	5'220'805
Nettoaufwand	10'415'200			8'448'100		7'734'685
Verkehr	2'960'500	514'000	4'753'400	480'000	3'863'861	407'694
Nettoaufwand	2'446'500			4'273'400		3'456'167
Umweltschutz, Raumordnung	6'439'400	4'964'600	6'286'200	4'915'200	7'359'722	6'163'192
Nettoaufwand	1'474'800			1'371'000		1'196'530
Volkswirtschaft	247'600	206'000	69'900	206'000	56'015	207'218
Nettoertrag		41'600		136'100		151'203
Finanzen und Steuern	5'888'800	50'410'700	5'137'100	47'903'200	6'580'550	46'935'039
Nettoertrag	44'521'900		42'766'100		40'346'489	
Total	78'284'200	78'284'200	76'556'300	76'556'300	77'541'995	77'541'995

Gemeinde Wohlen	
BUDGET EINWOHNERGEMEINDE 2018	
Erfolgsrechnung (Begründung der wesentlichen Unterschiede gegenüber dem Budget 2017)	
Allgemeine Verwaltung	+ CHF 825'000.-
Höherer Personalaufwand CHF 475'600.- (Stellen, Löhne, Sitzungsgelder ER), Abschreibungen CHF 232'000, Dienstleistungen Dritter CHF 87'000.-	
Öffentliche Ordnung	+ CHF 200'000.-
Zuwachs Nettoaufwand <u>Repol</u> CHF 140'000.-, Feuerwehr CHF 40'000.-, Zivilstandsamt CHF 40'000.-	
Bildung	- CHF 240'000.-
Minderaufwand Besoldungsanteil Lehrpersonen infolge Wegfall Zuschlag Spitalfinanzierung CHF 557'000.-, Jugendfest CHF 115'000.-, Abschreibungen CHF 186'000.-, Mietzinse CHF 86'000.-, Mehraufwand Volksschule CHF 42'400.-, Musikschule CHF 47'000.-, Tagesbetreuung CHF 45'800.-; Minderertrag Schuldgelder CHF 53'000.-	
Kultur, Sport, Freizeit	+ CHF 350'000.-
Höhere Abschreibungen CHF 215'000.-, Unterhalt Casino CHF 57'000.-	
Gesundheit	+ CHF 200'000.-
Anstieg Restkosten Pflegefinanzierung CHF 180'000.-, Beitrag Spitex CHF 20'000.-	
Soziale Sicherheit	+ CHF 2'000'000.-
Wegfall Kantonsbeiträge für Sozialhilfeleistungen CHF 1'478'000.-, Mehraufwand familienergänzende Kinderbetreuung CHF 90'000.-, wirtschaftliche Leistungen CHF 100'000.-, Finanzierung Verlustscheine Krankenkassenprämien CHF 180'000.-, Restkosten Sonderschulung CHF 81'700.-	
Verkehr	- CHF 1'800'000.-
Wegfall Gemeindebeitrag an öff. Verkehr CHF 1'803'800.-, Minderaufwand Unterhalt Kantonsstrassen CHF 180'000.-, Mehrertrag Parkierung CHF 63'500.-; Mehraufwand Planung/Gestaltung Gemeindestrassen CHF 205'000.-	
Umweltschutz, Raumordnung	+ CHF 100'000.-
Mehraufwand Friedhof CHF 21'000.- und Raumordnung CHF 94'000.-	
Volkswirtschaft	- CHF 180'000.-
Strukturverbesserungen Unterhalt Flurwege und Drainagen CHF 112'000, Div.	
Finanzen und Steuern	+ CHF 1'650'000.-
Mehrertrag aus dem Finanz und Lastenausgleich CHF 3'017'000.-, Minderertrag Gemeindesteuern CHF 180'000.- trotz Personenwachstum (Steuerfussabtausch 3% rund 1 Mio.), Minderertrag Sondersteuern	

Gemeinde Wohlen		BUDGET		2018
		EINWOHNERGEMEINDE		
Personalaufwand				
	Budget 2018	Budget 2017	Rechnung 2016	
Löhne, Entschädigungen, Sitzungsgelder	14'897'200	14'711'600	14'595'272	
Arbeitgeberbeiträge	1'968'800	1'973'800	1'771'487	
übriger Personalaufwand	349'100	353'000	330'686	
Total	17'215'100	17'038'400	16'697'445	
Abweichung in CHF		176'700	517'655	
Abweichung in %		1.0	3.1	
Gründe für die hauptsächliche Abweichungen:				
- individuelle, leistungsbezogene Lohnanpassung für das Personal				150'000.-
- Zusätzliche 3.3 Stellen im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform		371'000.-		
- Besoldung Gemeindeammann, Gemeinderäte		- 86'000.-		285'000.-
- Schwimmbad-Eisbahn, Wegfall Löhne, neu im Betriebsbeitrag enthalten				- 331'900.-
- Bewilligte 100% Stelle PBU, Verschiebung Lohn ICT und Lehrpersonen				48'000.-

Gemeinde Wohlen		BUDGET		2018
		EINWOHNERGEMEINDE		
Investitionsrechnung				
Die Einwohnergemeinde weist einen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 7.35 Mio. (CHF 12.5 Mio. Budget 2017) aus.				
Die langfristigen Schulden belaufen sich zurzeit auf CHF. 31.2 Mio. und müssen mit einem durchschnittlichen Satz von 1.25% verzinst werden. Die Nettoschuld lag Ende 2016 bei CHF 9.7 Mio.				
Die Finanzverbindlichkeiten werden ansteigen.				
Einwohnergemeinde (ohne SF)	Budget 2018	Budget 2017	Rechnung 2016	
Investitionsausgaben	10'853'000	14'235'200	8'689'094	
Investitionseinnahmen	-	68'200	352'836	
Ergebnis Investitionsrechnung	-10'853'000	-14'167'000	-8'336'258	
Selbstfinanzierung	3'499'100	1'808'700	4'097'804	
Finanzierungsergebnis	-7'353'900	-12'358'300	-4'238'454	

Gemeinde Wohlen		BUDGET		2018						
		EINWOHNERGEMEINDE								
Angaben zur Rechnung der Einwohnergemeinde Wohlen										
Ein Vergleich über den Zeitraum von 10 Jahren zeigt auf, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit «schwach» ist. Nettoinvestitionen können nur zu 46.4% aus eigenen Mitteln finanziert werden, was ein Anstieg der Nettoschuld zur Folge haben wird (ab 70% ist verantwortlich).										
(In CHF '000)	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	B2017	B2018
Steuerfuss	113%	113%	113%	113%	113%	113%	113%	113%	113%	110%
Steuerertrag	32'747	31'346	33'232	33'835	35'641	35'368	35'369	36'759	37'450	37'270
Nettoinvestitionen	4'174	3'644	3'127	2'654	2'124	2'535	7'136	8'336	14'167	10'853
Selbstfinanzierung (SF)	4'948	2'363	3'539	712	2'701	2'098	1'467	4'098	1'809	3'499
Selbstfinanzierungsgrad	118.5%	64.8%	113.2%	26.2%	127.2%	82.8%	20.6%	49.2%	12.8%	32.2%
Nettoschuld	994	1'934	1'187	2'795	3'298	56	5'531	9'713	22'071	29'425

Der Gemeinderat stellt Ihnen folgenden Antrag: Genehmigung des Budget 2018 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 110%.

Fraktionsmeinungen

Stirnemann Alex, SP: Wir sind wenig begeistert vom vorliegenden Budget. Die Gemeinde Wohlen weist eine sehr schwache Finanzlage auf. Das Budget befindet sich in der Folge dessen auf einem absoluten Minimum. Das heisst wiederum, dass nicht eingespart werden kann, denn wir befinden uns bereits auf einem tiefen Punkt. Mit einer Einwohnerzahl von über 16'000 haben wir Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung und dies kostet etwas. Dies ist nicht vergleichbar mit irgendwelchen anderen Dörfern. Aus unserer Sicht ist es unverständlich, weshalb der Gemeinderat ein Budget mit einem Steuerfuss von 110% vorschlägt. Wir machen uns, um die Finanzlage der Gemeinde zu verbessern, stark für einen Steuerfuss von 113%. Der Antrag wird eine andere Fraktion stellen und wir werden dieses gerne unterstützen. Mit einem Steuerfuss von 113% könnten wir ein viel besseres Ergebnis erzielen. Das Problem unserer Gemeinde liegt nicht in den Ausgaben, sondern in den Einnahmen. Hinsichtlich des Finanzplanes 2018 – 2027 ist ein Steuerfuss von 110% enorm riskant, wenn man in einem Jahr auf 115% zu erhöhen gedenkt. Wer sich diesem Problem nicht bewusst ist, der kennt wohl Wohlen schlecht. Es würde jedoch bedeuten, dass der Steuerfuss innerhalb eines Jahres ganze 5% ansteigt und ob dies von der Stimmbevölkerung angenommen wird steht in den Sternen. In Anbetracht der bevorstehenden Grossinvestitionen für die Umsetzung der geplanten Projekte, welche von den meisten Parteien befürwortet werden, ist ein solches Vorgehen einfach als riskant zu bezeichnen. Es wird wohl unsere ohnehin angespannte Finanzlage noch weiter massiv verschlechtern, wenn es nicht angenommen wird. Alle Parteien, welche bereits im Wahlkampf mit Fortschritt und dem Weiterkommen Werbung gemacht haben, sind dazu eingeladen, dies auch zu unterstützen und den Fortschritt nicht bereits ab dem 1. Januar 2018 zu blockieren. Eine Steuerfusserhöhung auf 113% kann unser Einnahmenproblem verbessern und dies bedeutet für den einzelnen Bürger einen kleinen Schritt, aber für die Gemeinden einen grossen.

Meyer Meinrad, CVP: Die CVP Fraktion wird das Budget 2018 gutheissen. Die Vorgaben waren klar. Bei der finanziellen Lage von Wohlen braucht es ein ausgeglichenes Budget. Dieses Ziel wurde mit dem konsolidierten positiven Ergebnis von CHF 629'300 mehr als erfüllt. Natürlich wissen wir, dass die Kennzahlen besser sein müssen. Sparen, wo gespart werden kann erachten wir als richtig, aber unsinnigen Sparübungen lösen die Probleme nicht, sondern verschieben diese nur auf später. Alsdann muss die kommende Generation mit noch höheren Kosten dafür bezahlen. Bedenken Sie das bei ihren Sparanträgen meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Es braucht Verbesserungen auf der Einnahmenseite. Um diese zu realisieren sind Investitionen nötig. Nur wer säht kann auch ernten. Die Attraktivität von Wohlen kann so verbessert werden und mittelfristig auch der schlechte pro Kopf Steuerertrag. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen denken Sie positiv und gehen wir zielstrebig neuen Zeiten entgegen. Wohlen ist besser als viele es wahrhaben wollen. Die CVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und genehmigt das Budget 2018.

Den Steuerfuss von 113% auf 110% für ein Jahr zu senken macht nicht für alle Mitglieder der CVP Sinn. Sollte im Rat der Antrag kommen, den Steuerfuss auf 113% zu belassen, werden Teile der CVP diesen unterstützen, den Antrag selber stellen werden wir aber nicht.

Küng Magdalena, Grüne: Das Budget 2018 ist ein ehrliches Dokument. Es zeigt unverschönt und trocken die schwierige Situation unseres Finanzhaushalts. Es ist klar, dass von überall her Anträge zu Kürzungen kommen werden. Es ist aber auch klar, dass das eine reine Make-Up-Politik ist. Man kann ein paar Zahlen zusammenstreichen und am Ergebnis des Budgets herumfeilen, es ändert nichts an der Tatsache, dass wir Wohlen am Ausbluten lassen sind. Keine AHA-Motion und kein noch so gut gemeinter Sparwille können daran etwas ändern. Begrüsst haben wir insbesondere die längst überfälligen Lohnanpassungen für das Personal, auf individueller Ebene. Das Total der Lohnerhöhungen fallen in unseren Augen mickrig aus, wir freuen uns aber, dass wenigstens diese kleine Anerkennung nun endlich gemacht werden soll und möchten die Gelegenheit nutzen, dem Gemeindepersonal für ihre Arbeit zu danken.

Unser Finanzhaushalt muss von der Einnahmeseite her verbessert werden. Das gefällt niemanden. Und schon gar nicht gefällt es den Parteien kurz vor den Wahlen. Hier sind aber auch wir als Einwohnerrätin-

nen und Einwohnerräte zu realitätsnaher Politik angehalten. Natürlich kann man gewisse Investitionen als verzichtbar darstellen und für Notwendiges das Budget so weit kürzen, dass man es gerade noch so knapp umsetzen kann. Das wird unsere Gemeinde längerfristig aber nicht attraktiver machen, auch nicht für neue Steuerzahler.

Wir akzeptieren das Budget so wie es vorliegt. Wir werden aber keiner einzigen Kürzung zustimmen und möchten klar und deutlich festhalten, dass ein Steuerfuss von 110% pures Schönreden ist. Wir lassen Wohlen ausbluten. Und wir können uns beim besten Willen nicht vorstellen, wie wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in einigen Jahren erklären wollen, dass der Steuerfuss auf einen Schlag um mehrere Prozentpunkte alternativlos angehoben werden muss, weil wir uns zu lange gegen eine realitätsnahe Steuerpolitik gewehrt haben und lieber so tun, als ob wir tatsächlich auf der Aufgabenseite Sparpotential hätten. Aus diesem Grund liegt ein Antrag von uns vor, der Steuerfuss soll bei 113% belassen werden.

Breitschmid Tobias, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon dankt der Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat für die Erstellung des vorliegenden Budgets. Im Speziellen danken wir der Finanzkommission für deren kritische Prüfung sowie den wertvollen Bericht. Da die FIKO in ihrem Bericht schon auf die wesentlichsten Punkte hingewiesen hat, halten wir uns kurz.

Die Selbstfinanzierung als eine der wichtigsten Kennzahlen ist wie bereits in den Vorjahren ungenügend. Was heisst das? Damit die geplanten Investitionen mit eigenen Geldmitteln finanziert werden könnten, müsste der Selbstfinanzierungsgrad bei 100% liegen. Im Budget liegt dieser Wert bei gerademal 32% (ohne Spezialfinanzierungen). In Franken ausgedrückt fehlen somit CHF 7,4 Mio. in der Gemeindekasse. Was bedeutet dies? Die Nettoschuld wächst von CHF 9.7 Mio. im Jahr 2016 auf knapp CHF 30 Mio. im Jahr 2018. Die Gemeinde muss zu deren Deckung einen weiteren Kredit aufnehmen. Somit wird die Nettoschuld wachsen, was zu höheren Zinsen beziehungsweise Ausgaben führt. Der finanzielle Handlungsspielraum wird damit eingeschränkt.

Leider ist das Kind namens „IKS“ in diesem Jahr immer noch nicht zur Welt gekommen. Im Finanzdekret des Kantons Aargau § 26 ist seit dem 1. Juli 2008 festgehalten, dass der Gemeinderat für die Regelung der internen Kontrollen sowie die Unterschriftenberechtigung zuständig ist. Der Gemeinderat trägt die Verantwortung für das gesamte Rechnungswesen der Gemeinde. Seit 2008 kennt man in der Privatwirtschaft für alle Gesellschaftsformen die Pflicht für ein Internes Kontrollsystem. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem neuen Führungsmodell dieses Thema im nächsten Jahr endlich umgesetzt wird.

Abschliessend möchten wir auf die im Leitbild festgehaltenen finanzpolitischen Ziele hinweisen, welche in weite Ferne gerückt sind. Es sind dies:

- Wohlen positioniert sich in der Steuerbelastung im Kantonsmittel (105.5%)
- Wohlen strebt einen ausgeglichenen Finanzhaushalt an

Fazit: Wir haben bei weitem kein ausgeglichenes Finanzierungsergebnis. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Es bleibt zu hoffen, dass die Massnahmen im Zusammenhang mit der AHA-Motion zeitnah umgesetzt werden und so spürbare positive finanzielle Auswirkungen sich zeigen werden. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon wird den Antrag des Gemeinderates zurückweisen. Den Antrag der FIKO werden wir unterstützen.

Sax Simon, GLP/EVP: Ich halte mich kurz, da ich vorhin bei der Debatte zur Rückweisung bereits grundsätzliche Überlegungen geschildert habe. Vier Punkte sind uns jedoch wichtig. Unsere Fraktion wird sich nicht kategorisch gegen Anpassungen wehren. Fundierte Anträge finden bei uns durchaus Unterstützung.

Der Gemeinderat beantragt im vorliegenden Budget eine Lohnerhöhung für das Personal von 1.45%. Hier sind wir der Meinung, dass dies nicht so durchgeführt werden kann. In der Schweiz herrscht seit Jahren die Situation, dass es keine Teuerung gibt. Auch aus den Medien war in den letzten Tagen zu entnehmen, dass es im Jahr 2018 keine Lohnerhöhungen zu erwarten sind. Gleichwohl erkennen wir einen Bedarf an Handlungsspielraum für individuelle Lohnanpassungen. Diesbezüglich sind wir einer reduzierten Lohnerhöhung zugeneigt.

Betreffend der Thematik mit der Anpassung des Steuerfusses von 113% auf 110% äussern wir uns wie folgt. Taktisch könnte die Überlegung als durchaus sinnvoll erachtet werden, den Steuerfuss im Jahr 2018 auf 113% zu belassen. So könnte im Jahr 2019 ein grösserer „Sprung“ vermieden werden. Wir dürfen uns jedoch keinesfalls auf den Standpunkt stellen, dass die Stimmbürger nicht mündig sind. Sollten wir jetzt den Steuerfuss auf 113% belassen und der Kantonssteuerfuss steigt auch gleichzeitig um 3% an, dann entspricht dies faktisch für jeden Steuerzahler einer Steuerfusserhöhung um den genannten Wert. Wir dürfen nicht annehmen, das würde nicht bemerkt werden. Jedoch ist es gleichwohl eine Möglichkeit einer grossen Erhöhung im Jahr 2019 entgegen zu wirken.

Allgemein unterstütze ich die Aussage, dass die Gemeinde Wohlen ein Einnahmeproblem hat. Es gibt jedoch noch eine bessere Variante und zwar die Einnahmen erhöhen und gleichzeitig die Ausgaben senken. Dies natürlich unter der Bedingung, dass es auch möglich ist. Dies wäre, in Betrachtung der finanziellen der Gemeinde Wohlen, das angestrebte Ziel.

Geissmann Thomas, FDP: Bitte erlauben Sie mir eingangs noch eine persönliche Anmerkung. Josef Muff erklärte, die Stimmung sei schlecht und es herrsche ein auf Gegenseitigkeit basierendes Misstrauen. Ich bin der Meinung, dass wir nicht zur Einwohnerratssitzung zusammenkommen um zu kuscheln, sondern um alles kritisch zu hinterfragen. Der moderne Staat hat zwei wesentliche Merkmale. Eines davon ist die Gewaltenteilung und das andere ist „Checks and Balances“. Den amerikanischen Gründervätern war genau bewusst, wenn die Macht zu gross wird, dass diese eine Beschränkung erfahren muss und dass man sich gegenseitig kontrollieren muss. Ich bin der Meinung, dass die Vorlage des Gemeinderates eine Diskussion standhalten sollte und wer in die Politik einsteigt, der sollte nicht allzu empfindlich sein.

Die Politik muss nicht immer kompliziert sein, sie kann auch einfach erklärt werden. Es gibt Sparpolitiker, welche sich für tiefere Steuern stark machen und es gibt Ausgabenpolitiker, welche sich für höhere Steuern einsetzen. Beide Arten von Politikern konnten wir heute bereits zuhören. Es gibt jedoch noch eine dritte Kategorie bei Politikern. Es gibt noch die Ausgabenpolitiker, welche die Steuern tief behalten wollen. Diese wollen in vollen Zügen Geld ausgeben, scheuen sich jedoch davor die Steuern zu erhöhen. Leider stellt der Gemeinderat diese Art dar. Das von ihm vorgelegte Budget ist als Mut- und Lustlos zu bezeichnen. Der Gemeinderat weiss, dass eine Steuerfusserhöhung – so kurz vor den Einwohnerratswahlen – keine Mehrheit finden wird. Konsequenter und redlicher wäre es gewesen, er hätte wenigstens ansatzweise Sparwillen und den Mut gezeigt, auch unpopuläre Entscheide zu treffen. Stattdessen ging er jedoch den Weg des geringsten Widerstandes. Wir erleben es von Jahr zu Jahr. Der Gemeinderat übernimmt einfach den Posten vom Vorjahr und wenn die Notwendigkeit dafür besteht wird erhöht, damit es bis Ende Jahr ausreicht. Bei einem solchen Vorgehen kann ich beim besten Willen keinen Führungswillen erkennen. Der Verwaltung werden keine Vorgaben gemacht. Auch Beitragsanfragen von Vereinen werden nie abschlägig beantwortet. Es scheint das Motto zu gelten „... sich keinesfalls Feinde schaffen“. Der Finanzausgleich darf nicht dazu führen, dass wir jetzt ausgabefreudig werden. Die FIKO und der Gemeinderat schreiben ja selber, dass die erzielten Überschüsse bei weitem nicht ausreichen, um die kommenden Investitionen zu decken. Die Schulden werden in den nächsten Jahren massiv ansteigen. Wenn wir einen Steuerfuss von 130% von mittel- bis langfristig vermeiden möchten und nicht als „Steuerhölle“ vom Aargau gelten wollen, dann müssen wir zwingend lernen zu verzichten. Dies predigen wir schon Jahr für Jahr. Neu wird es jedoch sein, dass es in Zukunft ganz konkrete Folgen haben wird, wenn wir jetzt nicht danach handeln. Wir sind mit dem vorliegenden Budget unzufrieden und werden einige Sparvorschläge präsentieren. Wir haben uns gut vorbereitet und freuen uns auf die Detailberatung. Unsere Fraktion wird für eine verantwortungsvolle Sparpolitik eintreten. Wir werden nicht – wie andere Parteien – das „blaue vom Himmel“ versprechen. Wir möchten das finanzpolitische Gewissen von Wohlen sein. Bitte bedenken Sie, dass verdientes Geld von jemanden nur einmal ausgegeben werden kann. Das erste Mal kann es die Gemeinde ausgeben, in Form von höheren Steuern oder man überlässt es dem Bürger in Form von einem höherem verfügbaren Einkommen. Wir haben die Wahl.

Einzelvoten

Lütolf Harry, CVP: Es handelt sich vorliegendenfalls um die fünfte Budgetverhandlung, welcher ich beiwohnen darf. Ich wiederhole heute meine Aussagen der letzten fünf Jahre. Bei der Budgetbehandlung handelt es sich um die edelste Aufgabe für einen Parlamentarier. Aus diesem Grund bin ich froh, dass

der Rat heute das Eintreten beschlossen hat. So können wir unsere Verantwortung, welche uns von Gesetzes wegen von der Gemeindeordnung gegeben wird, auch wahrnehmen. Wir erhalten so die Möglichkeit, alle Positionen genau anzuschauen und darüber zu befinden. Es ist unsere Aufgabe Budgetanträge zu stellen, darüber zu beraten und darüber zu beschliessen. Ich bin durchaus flexibel und wenn fundierte Anträge gestellt werden, dann erhalten diese von mir auch meine Stimme. Ich stelle mich dieser Aufgabe sehr gerne.

Es wird oftmals die politische Meinung vertreten, dass die Attraktivität einer Gemeinde höher ist, wenn der Steuerfuss möglichst tief gehalten wird. Hier handelt es sich meiner Meinung nach um eine Illusion. Wir können und werden keinen einzigen Steuerzahler dazu bringen, in unsere Gemeinde zu ziehen aufgrund eines tiefen Steuerfusses. Diese Personen wohnen viel lieber in einer anderen, höher gelegenen Gemeinde mit mehr Sonne oder beim Hallwilersee. Nach Wohlen kommen diese ganz sicher nicht aufgrund eines tiefen Steuerfusses. Der einzige Trumpf, welcher Wohlen ausspielen kann, ist das Investieren in eine gute Infrastruktur. Dies steigert die Attraktivität unserer Gemeinde. Der Steuerfuss sollte – und dies war schon immer auch die Meinung der CVP – heraufgesetzt werden, wenn die Investitionen budgetwirksam werden. Die grosse Investition, welche nun anstehen, ist der Sportpark Bünz matt mit Schwimmbad und Eishalle und es werden noch weitere folgen. Hierfür sind im vorliegenden Budget keine Positionen budgetrelevant abgebildet. Daraus schlussfolgere ich, dass wir den Steuerfuss nicht erhöhen müssen. Ich vertrete gegenüber unseren Bürgern nur einen höheren Steuerfuss, wenn ich ihnen auch einen entsprechenden Mehrwert aufzeigen kann. Kann ich dies nicht, dann kann ich auch nicht einer Erhöhung des Steuerfusses zustimmen.

Dem Gemeinderat wurde vorhin vorgeworfen, dass Budget sei lieblos. Ich denke jedoch, der Gemeinderat hat seine Hausaufgaben schon erledigt. Beim letzten Budget für das Jahr 2017 sind mir 40 bis 50 Positionen mit Erhöhungen aufgefallen, welche ich mir nicht so richtig erklären konnte. In den Erläuterungen zur Erfolgsrechnung waren diese Positionen auch nicht begründet. Im vorliegenden Budget hat sich dies jedoch deutlich verbessert. Es ist fast keine Position mit Abweichung mehr darin enthalten, welche nicht erklärt ist. An dieser Stelle gebe ich dem Gemeinderat und der Verwaltung gerne ein Kompliment, denn auch die Erklärungen sind besser. Das Anliegen seitens des Parlamentes wurde offenbar ernst genommen und man hat sich mehr Mühe gegeben. Die „Sterne“, welche als Markierung für kommentierte Konten dienen, wurden mit weniger Willkür gesetzt als beim letzten Budget. Der Sprecher der SVP erklärte, dass die Gemeinde Wohlen ein IKS benötigt. Ich stimmte dieser Meinung zu. Anlässlich der letzten Sitzung des Grossen Rates wurde darüber debattiert und abgestimmt, ob das IKS für alle Gemeinden im Kanton obligatorisch werden soll. Interessant dabei ist jedoch, dass sich genau die SVP, zusammen mit der FDP, dagegen gestellt hat, mit der Begründung es brauche kein Obligatorium. Es ist spannend, dass sich die Meinung immer wieder ändert.

Stirnemann Alex, SP: Ich finde die Aussage von Harry Lütolf bezüglich Steuerfuss gut. Ich möchte jedoch noch etwas zu bedenken geben. Wenn man morgen ein Auto erwerben möchte, dann beginnt man nicht erst morgen mit dem Geld aufzutreiben. Vorauszuschauen ist unabdingbar. Die Projekte in welche wir investieren müssen befinden sich jetzt schon teilweise im Bau. Dies bedeutet, dass wir jetzt schauen müssen, dass wir sie finanzieren können mit einem Steuerfuss von 113%.

Geissmann Thomas, FDP: Ich möchte gerne einige Punkte berichtigen. Mit keinem Wort habe ich erwähnt, dass wir mit einem tiefen Steuerfuss Steuerzahler anlocken möchten. Meine Aussage war dahingehend gemeint, dass wir den Bürgern weniger Geld, in Form von Steuern, wegnehmen. Ich kann nicht nachvollziehen, was dies mit dem IKS zu tun haben soll. Ich kann mich auch nicht erinnern, einmal das IKS abgelehnt zu haben, vielleicht weiss hier Harry Lütolf näheres. Weiter möchte ich Harry Lütolf daran erinnern, dass die Gemeinde derzeit den Sportpark Bünz matt baut. Dies hat zur Folge, dass im nächsten Jahr höhere Ausgaben auf uns zukommen werden. Meiner Meinung nach ist er nicht gegen einen höheren Steuerfuss, weil die Einwohnerratswahlen aktuell sind.

Palmieri Marco, parteilos: Lernen zu verzichten, vernünftig mit Geld umgehen und bei den Investitionen mit Weitsicht planen ist wichtig, damit die Gemeinde Wohlen kein leeres Portemonnaie hat. Worüber ärgert sich das Eichhörnchen wohl am meisten? – Über die hohle Nuss! Von den zehn Gemeinden im Kanton Aargau mit über 10'000 Einwohnern, gehört Wohlen mit einem Steuerfuss von 110% zu den teuersten. Drei Gemeinden befinden sich unter 99%. Vier Gemeinden platzieren sich unter 109% und drei Ge-

meinden weisen einen Steuerfuss unter 119% auf und zur letzten Gruppe gehören wir. Bezüglich Steuerfuss ist die Gemeinde nicht attraktiv. Wenn wir nun weiterhin den Steuerfuss nach oben treiben, dann wird sie es auch nie werden.

Lernen zu verzichten und eine verantwortungsvolle Haltung einnehmen bedeutet auch, dass man bei den Investitionen und bei den Ausgaben etwas genauer hinschaut. Auf der Seite 89 sehen Sie, dass man einen Betrag von CHF 70'000 bei den Fachliteraturen und Zeitschriften eingesetzt hat. Ich empfehle Ihnen einen Blick in die Rechnung. Schauen Sie nach, welche Zeitschriften abonniert werden. Zum Beispiel juristische Zeitschriften oder die Aargauer Zeitung. Hier werden der Gemeinde teilweise Rabatte mit 50% gewährt, aber die Gemeinde zahlt für andere Abos wieder den Vollpreis. Hier wäre es angebracht die Beschaffung einheitlich und zentral zu gestalten, sodass das Budget entastet werden würde. Weiter ist bei der Position „Honorare, externe Berater“ ein Anstieg der Ausgaben von bisher CHF 340'000 auf CHF 700'000 festzustellen! Wenn wir so weiter machen, dann müssen wir tatsächlich einen höheren Steuerfuss beantragen, sodass sich dann die Reichsten der Gemeinde Wohlen auch noch abmelden werden.

Detailberatung

Seite 50, Konto 1.0212.3040.00 Kinder- und Ausbildungszulagen

Geissmann Thomas, FDP: Die Entschädigung der Gemeinde Uezwil für die Führung des Steueramtes fällt ab dem Jahr 2018 weg, da das Gemeindesteueramts Uezwil nicht mehr von der Gemeinde Wohlen geführt wird. Gleichzeitig fällt uns auf, dass der Stellenplan um 40% erhöht worden ist. Wir können nicht nachvollziehen, weshalb dies so ist. Einerseits wird es weniger Arbeit geben und andererseits beantragt man mehr Stellen. Vielleicht gibt es hierfür einen guten Grund. Ich gehe davon aus, dass es seitens des Gemeinderates dahingehend begründet wird, dass dann die Steuererklärungen schneller bearbeitet werden. Gespannt erwarte ich die Antwort des Gemeinderates.

Laube Thomas, Steueramtsvorsteher: Der Sachverhalt zeigt sich wie folgt. Vor zehn Jahren konnte die Gemeinde Wohlen die Führung des Steueramtes Uezwil übernehmen und hat in der Folge das Stellenetat um 20% erhöht. Die Steuerverwaltung Uezwil wird nun der Gemeinde Sarmenstorf übergeben und fällt somit für die Gemeinde Wohlen weg. Die Gemeinde Uezwil wendet sich insgesamt mit allen Verwaltungskooperationen der Gemeinde Sarmenstorf zu. Im Budget gab es eine Verschiebung. Das Steueramt wies zu wenig Stellen auf und beantragte beim Gemeinderat eine entsprechende Erhöhung. Als erste Massnahme wurde eine interne Verschiebung von Stellenpensen vorgenommen. Es wurden 40%-Stellenprozente vom Betreibungsamt an das Steueramt umverteilt. Betreffend der 20 Stellenprozente, welche wegfallen vom Steueramt Uezwil möchte ich wie folgt Stellung nehmen. Heute Abend wurde gesagt Wohlen hätte ein Einnahmenproblem und einen schlechten Pro-Kopf-Steuerertrag. Die Einnahmen seien zu optimieren. Ich weise Sie darauf hin, dass wenn die Steuerbehörde die Möglichkeit hat genau hinzuschauen, dann steigt auch der Pro-Kopf-Steuerertrag an. Die Aufgabe des Steueramtes ist es die steuerliche Rechtsgleichheit zu schaffen und um dies schaffen zu können braucht es System. Dann steigen auch die Einnahmen. Das Steueramt verzeichnete seit dem Jahr 2002 keine Stellenerhöhung mehr, sprich es gab keine Personalanpassung in 15 Jahren. In diesem Zeitraum sind jedoch 2'000 Steuerpflichtige mehr wohnhaft in der Gemeinde Wohlen. Das bedeutet wiederum 1,8 Stellen, welche seit 15 Jahren ausgeglichen hätten werden müssen. Teilweise konnte dies mit einer neuen Informatikinfrastruktur aufgefangen werden, jedoch nicht vollständig. Wir können unsere Ziele in der Steuerverwaltung derzeit noch erfüllen, indem wir vorausplanen, was wir nicht mehr machen. Die Gemeinde Uezwil hat rund 250 steuerpflichtige Einwohner, welche ab 1. Januar 2018 wegfallen. Mit den neuen Überbauungen an der Friedhofstrasse, Hüsser Holzbau AG in Anglikon oder SBB im Boll erwarten wir demnächst 600 bis 800 neue Steuerpflichtige in Wohlen. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht ausgeglichen. Ein Antrag für mehr Pensen ist derzeit beim Gemeinderat hängig.

Seit 27 Jahren trage ich die Verantwortung für die Wohler Steuerverwaltung auf der Basis Ihres Vertrauens und danke Ihnen dafür. „Lernen zu verzichten“ hiess es heute Abend hier im Einwohnerrat. Das Steueramt verzichtet seit 10 bis 15 Jahren auf das Personal, welches sie bräuchte, um zu schauen, dass sich der Pro-Kopf-Steuerertrag in Wohlen in diese Richtung entwickelt, wie Sie es sich wünschen. Ich bitte Sie, dass Sie mir Ihr Vertrauen weiterhin schenken und den vorliegenden Antrag ablehnen.

Geissmann Thomas, FDP: Für mich handelt es sich vorliegendenfalls um neue Informationen. Es war mir nicht bekannt, dass eine Umverteilung der Stellenpensen vom Betreibungsamt zum Steueramt stattgefunden hat. Ich stelle fest, dass die Löhne beim Betreibungsamt von CHF 644'700 auf CHF 637'000 reduziert wurden. Dies steht für mich jedoch nicht im selben Verhältnis wie die Löhne im Steueramt ansteigen. Ich bitte um Erklärung dafür.

Laube Thomas, Steueramtsvorsteher: Die Umverteilung wurde eins zu eins vorgenommen. Ich kann nur für die Löhne des Steueramtes sprechen, da ich die Lohnverteilung im Betreibungsamt nicht kenne. Im Steueramt gab es verschiedene Neubesetzungen von Stellen infolge Kündigungen, zum Beispiel beim Inventuramt. Das Inventuramt ist fachlich gesehen ein sehr schwieriger Bereich, bei welchem es unabdingbar ist, dass er mit gut ausgebildetem Fachpersonal besetzt wird. Dieses Fachpersonal ist zu einem entsprechenden Preis anzustellen.

Geissmann Thomas, FDP: Ich stelle keinen Antrag.

Seite 51, Konto 1.0220.3091.00 Personalwerbung

Geissmann Thomas, FDP: Am 26. September 2011 senkte der Einwohnerrat dieses Konto von CHF 10'000 auf CHF 5'000. Als Begründung wurde die Möglichkeit der Online-Ausschreibung angegeben. Ein Jahr später – bei der Behandlung der Jahresrechnung – wurde ein Aufwand von CHF 48'381 aufgeführt statt der budgetierten CHF 5'000. In den Erläuterungen wurde als Begründung ein Mehraufwand bei den Stelleninseraten genannt. Ich gehe davon aus dass es sie damals um Stelleninserate gehandelt hat, welche in Zeitungen erschienen sind. Man kommt sich bei solchen Sachen schon verschaukelt vor. Es kann nicht sein, dass der Einwohnerrat etwas festlegt und ausgeführt wird es dann genau anders. Als Mitglied des Einwohnerrates fühle ich mich nicht mehr ernst genommen. Vielleicht kann dies der Gemeinderat auch nachvollziehen. Ich stelle heute den Antrag, dass das Konto „Personalwerbung“ um CHF 10'000 reduziert wird. Ich hoffe der Einwohnerrat folgt meinem Antrag.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich bitte Sie den vorliegenden Antrag abzulehnen. Ich kann Ihnen versichern, dass wenn es keine Stellen zu besetzen gibt, werden selbstverständlich auch keine Stelleninserate ausgeschrieben. Der Gemeinderat kann dies leider nicht vorausplanen. Es ist nicht möglich zu sagen, wie viele Arbeitnehmer kündigen werden und dementsprechend wieder gesucht werden müssen. Bei der Stellensuche werden sicher die richtigen und adäquaten Mittel eingesetzt. Manchmal ist die auf dem Online-Weg und manchmal braucht es ein Inserat in einer Fachzeitschrift. Dieser Punkt kann man somit einfach nicht vorgängig über das Budget regeln. Ist eine Stelle zu besetzen, dann entstehen halt einfach Kosten in diesem Bereich. Wichtig ist jedoch immer, dass das richtige Mittel ausgewählt wird. Zum Beispiel bei der Anstellung eines Polizisten werden sicher keine Inserate in der Zeitung publiziert, sondern hierfür gibt es andere Kanäle.

Geissmann Thomas, FDP: Eine Argumentation, welche wir voraussichtlich noch einige Male heute Abend hören werden ist diejenige, dass „wenn wir das Geld nicht brauchen, dann werden wir es auch nicht ausgeben“. Wie vorhin erwähnt, kann der Rat einen Posten auf CHF 5'000 festsetzen, ausgegeben wird dann CHF 48'000. Es geht hier auch darum ein Zeichen zu setzen, dass man nicht auf Reserven arbeitet. Klar kann man keinen einzigen Posten auf den Rappen genau planen. Es handelt sich um eine gewisse Einschätzung der Zukunft. Wir können allerdings jetzt sagen, was wir bereit sind auszugeben. Wenn der Einwohnerrat festlegt, dass man bei den Stelleninseraten weniger Geld ausgibt und man halt mehr auf die Online-Publikation setzt, dann handelt es sich dabei um eine klare Aussage. Der Gemeinderat hat sich damals einfach darüber hinweg gesetzt. Diesem Verhalten müssen wir als Einwohnerrat entgegenwirken. Es liegt in unserem Willen, wie viel wir für etwas ausgeben möchten.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich wehre mich vehement dagegen, dass der Gemeinderat einfach willkürlich Geld ausgibt, wenn es gar nicht notwendig ist. Wenn Stellen besetzt werden müssen, dann muss man diese auch ausschreiben können, ansonsten funktioniert die Verwaltung unter Umständen nicht mehr richtig. Ich weiss nicht mehr im Detail, welche Stellen im Jahr 2011 besetzt werden mussten und weshalb die Kosten so hoch ausgefallen sind dafür. Wenn beispielsweise ein Bauverwalter gesucht werden muss, dann muss auch ein Bauverwalter gesucht werden. Dies verlangt dann auch eine entsprechende Publikation in den dafür vorgesehen Portalen, Medien etc. Ist eine solche Inserierung nicht möglich, dann kann

man die Stelle in der Folge nicht besetzen oder man sucht über Wochen und Monate hinweg mehrmals. Es spielt keine Rolle, um welche Stelle es sich handelt. Es könnte auch die Position des Gemeindeschreibers oder sonst eine beliebige Stelle sein. Es gibt halt einfach Funktionen, welche entscheidend sind. Diese müssen besetzt werden und dafür muss man suchen und finden. Ist eine Stellenausschreibung notwendig, dann machen wir sie. Ist sie nicht notwendig, dann sind wir froh, müssen wir sie nicht publizieren.

Lütolf Harry, CVP: Der Antrag von Thomas Geissmann ist gar nicht schlecht. Ich habe noch eine Verständnisfrage. Werden die Kosten für allfällige Stellenvermittler auch unter dem genannten Konto verbucht? Wenn dies der Fall ist, finde ich den budgetierten Betrag in Ordnung. Sollte es noch ein anderes Konto geben, unter welchem solche Vermittlungskosten enthalten sind, finde ich es nicht korrekt.

Huwiler Paul, Vizeammann: Weder dem Gemeinderat noch dem Gemeindeschreiber ist es bekannt, dass wir jemals mit einem Personalvermittler gearbeitet hätten. In der Folge dessen wurden noch nie Provisionen für eine solche Dienstleistung fällig.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.0220.3091.00 Personalwerbung sei um CHF 10'000 zu kürzen.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen zugestimmt.

Seite 51, Konto 1.0223.3130.02 Dienstleistungen Dritter

Geissmann Thomas, FDP: Bereits mehrmals wurde erwähnt, dass die Honorare für externe Berater von Jahr zu Jahr unglaublich ansteigen. Man erhält das Gefühl, dass dies nicht enden will. Der Gemeinderat hat das genannte Konto erhöht, weil eine Sicherheitsanalyse des Informatiksystems gemacht werden soll. Diese Position war bereits im letzten Jahr enthalten und der Gemeinderat hat die Sicherheitsanalyse dann auf die 2. Lesung hin selber gestrichen. Der Betrag von CHF 80'000 ist einfach unglaublich hoch. Für diesen Betrag kann man einen Mitarbeitenden ein ganze Jahr lang beschäftigen.

Lanz Christian, SVP: Wir unterstützen den Antrag der FDP, wir hätten denselben auch gestellt. Die neue Informatikinfrastruktur wurde erst kürzlich in Betrieb genommen. Wenn man jetzt eine externe Analyse erstellen lässt, ist es ganz sicher, dass diese auch Mängel finden wird und dass wird wiederum mit Folgekosten verbunden sein. Auch die SVP ist der Ansicht, dass dieser Posten um CHF 80'000 gekürzt werden muss. Man kann – bei Bedarf – vor zu Mängel beheben. Aber es geht nicht, dass man immer vorweg Geld ausgibt.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat bittet Sie, den Antrag abzulehnen. Ihnen allen ist sicher das Bild von den Affen bekannt, welche die Augen, den Mund und die Ohren zuhalten. Der Gemeinderat möchte genau nicht in diese Lage kommen und wissen, welche Mängel, Gefahren und Risiken im Bereich der IT auf die Gemeinde zukommen könnten. Weiter findet die Umstellung auf die Technik „All IP“ statt. Dies bedeutet, dass bei einem Stromausfall vieles nicht mehr funktioniert zum Beispiel die meisten Telefone. Der Gemeinderat möchte dies jedoch gerne im Detail in Erfahrung bringen. Ich schlage vor, dass René Bossert, Bereichsleiter Informatik, zu diesem Thema noch Stellung nimmt.

Bossert René, Bereichsleiter Informatik: Eine Risikoanalyse in diesem Bereich stellt eine zentrale Thematik dar. Der Gemeinderat ist bezüglich der Organisation und der Sicherstellung der Verwaltung verantwortlich. Ein wesentlicher Teil einer heutigen Verwaltung ist die Sicherstellung der Informatikinfrastruktur und der Telefonie. Mit der Umstellung der Telefonie neu über das Netzwerk kommt dem Thema die noch grössere Bedeutung zu. Natürlich wurde bei der Installation der neuen Infrastruktur und der neuen Telefonie die Sicherheit nach bester Möglichkeit hoch gehalten. Es handelt sich dabei um ein Dauerthema. Nichts desto trotz hat man bei der Innensicht nicht die Aussensicht. Gewisse Sachen wurden vielleicht übersehen, welche ein Restrisiko mit sich bringen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass eine solche

Sicherheitsanalyse Folgekosten mit sich tragen. Würde jedoch die gesamte Infrastruktur in der Verwaltung nur einen Tag komplett ausfallen, dann kostet dies auch schnell CHF 30'000. Dies kann sehr schnell geschehen, wenn man nur etwas ausser Acht lässt. In der Analyse geht es einerseits um den physischen Schutz der Räumlichkeiten in welcher sich die Informatikinfrastruktur befindet. Diese sind an drei Standorten verteilt. Diese sind die Bibliothek, beim Werkhof und beim Gemeindehaus. Wie sieht die Stromversorgung aus? Wir hatten bereits einige Fälle, bei welchen es kritisch geworden ist. Diese waren jedoch noch kalkulierbar, da das System bewusst abgestellt wurde. Es kann jedoch auch sein, dass der Strom für eine längere Zeit ausfällt und wir wissen müssen, ob und was man in einem solchen Fall machen muss. Es geht darum, die gesamte Bandbreite der verschiedenen Risiken zu analysieren und dann die Ressourcen an denjenigen Orten gezielt einzusetzen, sodass sie die meisten Risiken abdecken und ein „Grounden“ der Verwaltung zu verhindern. Durch die Risikoanalyse kann ein Massnahmenkatalog erstellt werden. Ein weiterer Punkt ist ein allfälliger Internetangriff, sprich ein externer Angriff auf unsere Informatikinfrastruktur. Vielleicht sind wir kein lohnendes Ziel, aber wir sind sicher ein Ziel. Ein weiterer Faktor ist die Verfügbarkeit möglichst hoch zu halten. In diesem Bereich trage ich die Verantwortung. Die Sicherheitsanalyse ist zwingend notwendig und sehr wichtig und aus diesem Grund habe ich erneut den Antrag gestellt. Ich bitte Sie, streichen Sie den Betrag von CHF 80'000 nicht aus dem Budget.

Lütolf Harry, CVP: Ich danke für die Ausführungen und bitte um eine weitere Erklärung. Ich möchte wissen, ob für den beantragten Betrag von CHF 80'000 Offerten eingeholt wurden. Sodass man wirklich davon ausgehen kann, dass eine solche Analyse so viel kostet. Oder ist es einfach eine Schätzung?

Bossert René, Bereichsleiter Informatik: Wir haben von einer namhaften Firma eine Offerte eingeholt. Diese ist vollumfänglich. Das heisst es würden auch die Benutzerverhalten analysiert und es würden verschiedene Details angeschaut. Wie weit die Analyse dann tatsächlich führen soll, wird sich noch zeigen. Es können auch noch Untersuchungen weggelassen werden. Im Betrag von CHF 80'000 ist jedoch alles enthalten, sprich der maximale Auftrag. Es gibt in diesem Bereich nicht allzu viele Anbieter, welche neutral sind.

Geissmann Armin, FDP: Ich möchte gerne wissen, was die Stromsicherheit mit der IT zu tun haben soll.

Bossert René, Bereichsleiter Informatik: Die Stromsicherheit an sich hat nichts mit der IT zu tun. Es stellt sich jedoch die Frage, wie man vorgehen muss, wenn man den Betrieb aufrechterhalten will. Es kann sein, dass man Notstromaggregate beschaffen muss, wenn man dieses Risiko abdecken möchte. Es geht primär darum alle Risiken in Betracht zu ziehen und dann zu beurteilen, ob man mit diesen leben möchte. Man kennt die Ausgangslage und weiss, ob der Betrieb aufrechterhalten werden kann oder eben nicht.

Geissmann Thomas, FDP: Wenn Sie etwas verkaufen möchten, dann müssen Sie einfach damit argumentieren, dass es um die Sicherheit geht. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir im Bereich Informatik der Gemeinde Wohlen zusätzliche 100% Stellen bewilligt. Bei der Behandlung dieses Geschäfts wurde mehrmals gesagt, dass bei einer Genehmigung der Stelle die Kosten für externe Berater gesenkt werden und mehr Arbeiten „inhouse“ gemacht werden können. Es handelt sich hier erneut um ein typisches Beispiel. Man lässt sich den „Rolls Royce“ offerieren und gibt alles zu 100% extern. Das darf einfach nicht mehr passieren. Hier müssen wir dagegen halten. Ich habe gewissen Stellen meine Zustimmung erteilt, in der klaren Meinung und Absicht, dass dann die Kosten für externe Stellen zurückgehen. Ich stelle jedoch immer wieder fest, dass die Kosten für Externe immer weiter ansteigen.

Lanz Christian, SVP: Thomas Geissmann hat es gesagt und Harry Lütolf hat es auf den Punkt gebracht. Es wurde gefragt, wie viele Offerten vorliegen. Eine einzige. Eine ist keine. Für ein Geschäft im Betrag von CHF 80'000 sollte es doch Möglichsein, zwei oder drei Offerten einzuholen. Dann hätte man einen Vergleich und kann eine saubere Zahl ins Budget stellen.

Stirnemann Alex, SP: Bezüglich der Stellenprozente teile ich nicht die Meinung von Thomas Geissmann. Wir fahren nicht den „Rolls Royce“ und geben die Arbeiten extern. Wir fahren mit einem Opel mit neuen Rädern. Wenn wir aufgrund der Analyse Mängel aufgedeckt bekommen, dann müssen wir uns nicht davor fürchten. Jeder der halbwegs eine Ahnung von Soft- und Hardware hat findet es gut, wenn die Mängel aufgedeckt werden, denn er weiss, dass eine grosse Gefahr davon ausgeht. An dieser Stelle Geld

einsparen zu wollen ist meiner Meinung nach falsch. Es gibt nicht einfach so das Sprichwort: „Sparer leben gefährlich“.

Uhr Vinzenz, CVP: Als Informatik Systemtechniker ist es mein Beruf für Server zuständig zu sein. Bei einer solchen Risikoanalyse handelt es sich um absolute Basis für eine 0815-Sicherheit. Hier sprechen wir noch nicht einmal von „coolen“ Sachen wie ein „Rolls Royce“, sondern man spricht vom ersten Schritt, wenn man überhaupt etwas Richtung Sicherheit zu machen gedenkt. Das Geld dafür nicht ausgeben zu wollen ist für mich sehr unverständlich, verheerend und als Informatiker kann ich hier nur den Kopf schütteln. Eine solche Analyse intern machen zu wollen und nicht extern macht keinen Sinn. Man hat intern nie das gleiche Wissen wie externe Spezialisten, welche sich auf dem aktuellsten Stand befinden.

Lütolf Harry, CVP: Dass nur eine Offerte eingeholt wurde, erachte ich als etwas mager. Zwei, drei Offerten mehr wären wohl besser gewesen und der Rat hätte es allenfalls besser angenommen. Es geht vorliegendenfalls um die „externe Sicht“. Vinzenz Uhr hat es vorhin wiederholt. Ich bin kein Informatikspezialist, aber sogar mir ist bewusst, dass man in diesem Bereich etwas unternehmen muss. Wenn man den Betrag von CHF 80'000 nun aus dem Budget streicht, dann bedeutet dies, dass der Einwohnerrat keine Sicherheitsanalyse des Informatiksystem wünscht. Für 50 Rappen erhält man sie nämlich nicht. Ich finde den Antrag sehr gewagt. Für eine Kürzung des Posten, zum Beispiel CHF 10'000 bis 20'000, hätte ich mich allenfalls erwärmen können. Dann hätte ich auch darüber hinweg sehen können, dass versäumt wurde, noch weitere Offerten einzuholen. Mit weiteren Offerten hätte die Möglichkeit bestanden, etwas Preisdruck auszuüben. Aber einer Ausgabe von CHF 80'000 für Externe kann ich nicht zustimmen.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich weise eindringlich darauf hin, dass wir hier nicht über eine Auftragsvergabe diskutieren. Wir sprechen über ein Budget. Bitte behalten Sie die Flughöhe etwas im Auge. Eine Offerte einzuholen, um einen Betrag ins Budget nehmen zu können ist ein normales Vorgehen und in Ordnung. Selbstverständlich werden, bevor ein solcher Auftrag vergeben wird, noch weitere Offerten eingeholt. Irgendwie muss dieses Budget vorgängig erarbeitet werden. Damit startet die Verwaltung im April. Wirksam wird es hingegen erst fast ein Jahr später. Es macht somit keinen Sinn über die Anzahl von eingeholten Offerten zu diskutieren. Dies machen wir dann, wenn es um den konkreten Auftrag geht.

Palmieri Marco, parteilos: Vor kurzer Zeit haben wir über CHF 1 Mio. investiert in unsere neue Informatikinfrastruktur. Ich gehe davon aus, dass wenn man schon so viel Geld dafür gesprochen hat, auch das Beste dafür erhält. Es sollte somit der heutigen Sicherheit entsprechen. Sie können zehn Risikoanalysen erstellen lassen und werden zehn verschiedene Ergebnisse haben. Sie können Hacker anstellen, welche Ihr Portal angreifen, diese werden immer einen Weg finden, wie sie ins System gelangen können. Wenn Sie eine 100% Sicherheit anstreben – auch von finanzieller Seite – dann kann man dies heute sogar versichern lassen. Hier gibt es viele Firmen, welche dies anbieten. Ich frage mich, ob sich eine Ausgabe von CHF 80'000 lohnt. Mit unserem neuen System sind wir wirklich auf dem aktuellsten Stand.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.0223.3130.02 Dienstleistungen Dritter sei um CHF 80'000 zu kürzen.

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen zugestimmt.

Seite 52 Konto 1.0290.3144.11 Unterhalt Hochbauten, ausserordentlich

Lütolf Harry, CVP: Ich habe bei diesem Konto eine Frage. In den Erläuterungen auf Seite 16 ist aufgeführt, dass das Büro des Gemeindeammanns saniert werden soll. Als Moritz Leuenberger neu Bundesrat wurde, hat er sich als Erstes eine Dusche in seinem Büro einbauen lassen. Ich möchte wissen, was genau saniert werden muss. Ist das Büro heute in einem solch schäbigen Zustand?

Kuhn Urs, Gemeinderat: Im Gemeindehaus herrscht Raumknappheit. Das ehemalige Zimmer des Gemeindeammanns wird künftig nicht mehr ausschliesslich dem Gemeindeammann zur Verfügung stehen,

sondern es werden darin weitere ein bis zwei Arbeitsplätze installiert. Es wird somit keine Dusche für den Gemeindeammann geben und es werden auch keine stylischen Möbel angeschafft.

Seite 53 Konto 1.1116.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge

Büchi Roland, SVP: Wir stellen den Antrag den Betrag von CHF 160'000 Ersatz zwei Polizeifahrzeuge aus dem Budget zu streichen. Hier machen es sich die Verantwortlichen etwas zu einfach. Es ist aus dem Budget nicht einmal zu sehen was für ein Fahrzeug die Regionalpolizei überhaupt anschaffen will. Vielleicht ein Ferrari oder ein Lamborghini. Nicht, dass ich das der Polizei nicht gönnen möchte, aber das Vorgehen ist für uns nicht vertretbar. Es fehlt der Vergleich von Fahrzeugen zwischen verschiedenen Anbietern. Es sind auch keine Offerten von verschiedenen Anbietern vorhanden. Wir fordern die verantwortlichen Personen auf, ordnungsgemäss mit einem Bericht und Antrag – so wie es die Feuerwehr immer vorbildlich macht – die entsprechenden Gelder zu beantragen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Die Regionalpolizei Wohlen verfügt über ein detailliertes Fahrzeugkonzept. Darin ist jedes Fahrzeug, welches die Regionalpolizei benötigt aufgeführt und auch die Funktion, welches es zu erfüllen hat. Wir befinden uns – wie es Vizeammann Paul Huwiler bereits erläutert hat – auf „Budgetflughöhe“. Es handelt sich vorliegendenfalls noch nicht um eine Vergabe, sondern es geht darum, dass der Betrag, welcher für die Anschaffung eines solchen Fahrzeuges voraussichtlich benötigt wird, im Budget eingestellt wird. Bei keiner einzigen Position, welche im Budget aufgeführt ist, existieren mehrere Offerten als Vergleich. Die Anschaffungen von grossen Feuerwehrfahrzeugen laufen in der Regel über eine Zeitdauer von zwei Jahren. Weil diese nicht innerhalb eines Budgetjahres abgeschlossen werden können, wird bei diesen Geschäften ein Verpflichtungskredit beantragt. Vorliegendenfalls sprechen wir von den normalen Patrouillenfahrzeugen der Regionalpolizei. Konkret geht es um die beiden Autos der Marke Volvo. Eines dieser Fahrzeuge wird im Jahr 2018 die Marke von 190'000 km erreichen, das andere Fahrzeug wird einen Kilometerstand von 175'000 km aufweisen. Anhand der steigenden Reparaturen, welche getätigt werden müssen, ist erkennbar, dass die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist. Gemäss dem Fahrzeugkonzept wäre im Jahr 2018 nur ein Fahrzeug zur Anschaffung geplant gewesen. Im Jahr 2017 wäre ebenfalls die Ersetzung eines Fahrzeuges vorgesehen gewesen. Dieses wurde jedoch um ein Jahr verschoben, da das Fahrzeug – obgleich des hohen Kilometerstandes – noch für den Einsatz tauglich gewesen ist und keine Mehrkosten verursacht hat. Aus diesem Grund sind nun im Jahr 2018 zwei neue Fahrzeuge zu erwerben. Dies stellt den Ausdruck des Sparwillens und die Bemühungen seitens des Gemeinderates und insbesondere der Regionalpolizei dar.

Weiter ist zu erwähnen, dass die Hälfte der Kosten für neue Fahrzeuge von den umliegenden Vertragsgemeinden übernommen wird. Streichen Sie nun hier den vorgesehenen Betrag aus dem Budget, dann sollte konsequenterweise auch die Ertragsseite um den entsprechenden Betrag reduziert werden. Die Beiträge entfallen nämlich, wenn auf die Anschaffung der Fahrzeuge gänzlich verzichtet wird. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, denn die Regionalpolizei ist für die Ausübung ihrer Tätigkeit auf die Fahrzeuge angewiesen.

Lütolf Harry, CVP: Ich kann die Ausführungen des Gemeinderates einigermaßen nachvollziehen. Den Begriff „Flughöhe“ haben wir nun schon ein paarmal gehört. Letztlich geht es jedoch darum, dass durch das Budget eine oberste Limite gesetzt wird. Bis dahin darf der Gemeinderat das Budget voll ausschöpfen. Selbstverständlich werden dann Offerten eingeholt – grundsätzlich kann der Gemeinderat jedoch an das besagte Limit gehen. Ich bin zu 100% davon überzeugt, dass wenn man mit der Anschaffung noch etwas zuwartet, der Betrieb der Regionalpolizei nicht zusammenbrechen wird. Die Fahrzeuge werden länger als bis morgen fahrtauglich bleiben. Der Gemeinderat kann dem Einwohnerrat – wie bei den Anschaffungen der Feuerwehrfahrzeuge – einen Bericht und Antrag stellen. Darin könnte man gleich für zwei bis drei Fahrzeuge einen Verpflichtungskredit beantragen und vielleicht noch Mengenrabatt beim Anbieter erhalten. Dies wäre für mich das bessere Vorgehen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich bitte Harry Lütolf realistisch zu bleiben. Die Regionalpolizei Wohlen hat eine Regionalpolizeikommission. Diese besteht aus Vertretern von sämtlichen Verbandsgemeinden. Das Budget, welches am Schluss durch den Gemeinderat verabschiedet wird, wird von der Regionalpolizeikommission erarbeitet. Diese Erarbeitung findet jeweils März statt.

Es handelt sich vorliegendenfalls um ein Produkt, welches regelmässig ersetzt werden muss. Es kann nicht sein, dass man jedes Mal einen Bericht und Antrag erstellen und jedes Mal dafür Offerten einholen und vergleichen muss. Wenn man für jede im Budget beantragte Position Offerten einholen soll, muss man sich grundsätzlich fragen, weshalb man überhaupt einen Budgetprozess durchführt. Dies ist alles andere als effizient. Wir brauchen ein Budget, um die Aufgaben der Gemeindeverwaltung zu erfüllen und um Handlungsfähig zu sein. Hier gehört der Polizeidienst dazu. Wir befinden uns in einem Budgetierungsprozess, welcher einen sehr langen Vorlauf aufweist. Die im Budget enthaltenen Zahlen basieren auf Richtofferten und Schätzungen. Selbstverständlich gibt es im Verlaufe der Zeit immer wieder Veränderungen. Ich kann Ihnen jedoch garantieren, dass sich der Gemeinderat und die Verwaltung jeweils genau überlegen, für was das Geld ausgegeben wird oder eben nicht. Ich verwehre mich gegen den pauschalen Vorwurf, dass wir die maximal zur Verfügung stehende Obergrenze jeweils absichtlich – mit der Wahl eines teureren Produktes – versuchen auszuschöpfen. Diese Verantwortung übernehmen sowohl der Gesamtgemeinderat, wie auch die Verwaltungsmitarbeitenden. Ich bitte Sie inständig, stimmen Sie diesem Antrag nicht zu.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.1116.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge sei um CHF 160'000 zu kürzen
wird mit 15 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 55 Konto 1.1500.3614.00 Hydrantenentschädigung

Palmieri Marco, parteilos: Bereits bei der letzten Budgetverhandlung habe ich diesen Punkt eingebracht. Seitens des Gemeinderates wurde dazumal erläutert, dass man mit der IB Wohlen AG gerne ein Leistungsbeschrieb formulieren möchte. Ich war dieses Jahr auf der Gemeindeverwaltung, um die Rechnungen einzusehen. Darin sind Pauschalbeträge aufgeführt, aber ein Leistungsbeschrieb ist nicht vorhanden. In der Gemeinde Wohlen gibt es 626 Hydranten à CHF 440.00 pauschal im Budget enthalten. Es handelt sich um den bereits früher aufgeführten maximal zulässigen Pauschalbetrag. Dieser wurde einfach so belassen. Neu müssten Leistungen zu Lasten der Gemeinde angemessen festgelegt und buchhalterisch ausgewiesen werden. Mit einer Pauschalfakturierung ist dies somit nicht gegeben. Aus diesem Grund stelle ich einen Kürzungsantrag. Das Budget soll um CHF 93'900 – 626 Hydranten à CHF 150.00 – gekürzt werden. Dies ergibt einen neuen Budgetbetrag von CHF 156'500.

Es gibt Gemeinden, welche heute Hydrantenentschädigungen für die Abgeltung – es geht vorliegendenfalls um die Bereitschaft der Löschwasserreserven der Gemeinde – mit knapp CHF 190.00 pro Hydrant entrichten. Der Gemeinderat soll somit endlich eine Leistungsvereinbarung mit der IB Wohlen AG oder einem anderen Anbieter, wenn möglich öffentlich, ausschreiben. Das Sparpotenzial ist vorhanden, ohne das die Gemeinde etwas verliert und die Gemeinde kann weiterhin die Anforderungen vom aargauischen Versicherungsamt erfüllen. Die Aargauische Gebäudeversicherung (AGV) bezahlt der Gemeinde pro Hydrant CHF 100.00 pro Jahr. Möchte man also mehr bezahlen, muss es auch begründet sein. Begründungen habe ich in der Rechnung bis anhin nicht gefunden, ein Pauschalbetrag ist für mich nicht verständlich.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat hat die von Marco Palmieri angesprochene Thematik bereits aufgegriffen und befindet sich diesbezüglich mit der IB Wohlen AG in Kontakt und in den Verhandlungen. Wir gingen zu Beginn davon aus, dass es einfach darum geht, die Hydranten auf ihre Funktionalität hin zu kontrollieren. Dies ist jedoch nicht so. Es geht jedoch auch darum, den gesamten Löschschutz aufrecht zu erhalten. Es geht zum Beispiel um die Dimensionierung der Rohre. All diese Berechnungen werden derzeit vorgenommen. Entweder wird der Löschschutz über Steuergelder finanziert – so wie es die Gemeinde Wohlen derzeit macht – oder es wird auf den Wasserpreis aufgeschlagen und vom Bezüger bezahlt. Diese Thematik muss sicher im Detail angeschaut werden. Die IB Wohlen AG wird somit in Kürze auf den Gemeinderat zukommen um auch die ganze Wasserpreisthematik anzuschauen. Wir gehen davon aus, dass wir bis im nächsten Jahr mehr dazu wissen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.1500.3614.00 Hydrantenentschädigung sei um CHF 93'900 zu kürzen

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 57 Konto 1.1610.4610.00 Entschädigungen vom Bund, Quartierentschädigungen Armee

Lanz Christian, SVP: Ich habe eine Frage zu diesem Konto. Es geht um die Quartierentschädigung der Armee, welche vom Bund ausgerichtet wird für die Hofmatten. Ich würde gerne wissen, wie sich der Betrag von CHF 55'000 zusammensetzt. Weiter interessiert mich, ob dieses Geld gesichert ist und wie weit sich die Verhandlungen mit der Unterkunftsbelegung der befindet bezüglich der zuständigen, massgebenden Territorialregion der Armee (Ter Zone 2 und 3).

Perroud Arsène, Gemeinderat: Die Zahlen basieren auf den Erfahrungswerten der letzten paar Jahre. Die Diskussion, zwischen der Armee und der Gemeinde Wohlen, bezüglich der unvereinbarungsgemässen Benützung der Anlageteile der Hofmatten durch die Armee hat stattgefunden. Hier wurde Ende August eine Lösung, beziehungsweise ein gangbarer Weg, einerseits für die Schule und andererseits für die Armee gefunden. Die Belegungen in der Hofmatten können stattfinden, sofern alles so eintritt, wie es ausgehandelt worden ist. Somit können weiterhin Truppen dort ihre Unterkunft beziehen.

Seite 57, Konto 1.2110.3170.00 Schulveranstaltungen

Lanz Christian, SVP: Wir haben nicht nur bei diesem Konto eine Erhöhung von CHF 1'000 festgestellt, sondern auch bei den Artengleichen Konten 1.2120.3170.00 (CHF 10'000) und 1.3130.3170.00 (CHF 8'000). In der Rechnung 2016 wurde kein Geld auf diesem Konto verbucht und im Budget 2017 wurde ebenfalls kein Betrag beantragt. Jetzt hingegen ist im Budget 2018 ein Betrag von CHF 1'000 beantragt. Die Finanzkommission fragte die Schulverwaltung nach dem Grund an. Als Antwort wurde uns mitgeteilt, dass es keine Erhöhung der Beträge gegeben hat. Aber wie man schwarz auf weiss lesen kann, ist diese Aussage nicht korrekt. Wir stellen beim Konto 1.2110.3170.00 den Antrag, den budgetierten Betrag von CHF 1'000 zu kürzen. Weiter stelle ich beim Konto 1.2120.3170.00 den Antrag auf Kürzung von CHF 10'000 auf neu CHF 15'000 und beim Konto 1.3130.3170.00 stelle ich den Antrag auf Kürzung um CHF 8'000 auf neu 16'000. Bei diesen drei Konten gab es ja gemäss Schulverwaltung keine Erhöhung, somit kann man ja vom selben Betrag ausgehen wie im Budget 2017.

Huwiler Paul, Vizeammann: Christian Lanz begründet seine Anträge dahingehend, dass gemäss Auskunft der Schulverwaltung keine Budgetposten erhöht worden sind. Die Ansätze dieser drei Konten, welche alle „Schulveranstaltungen“ betreffen, wurden verändert. Bei der Primarschule fand eine Erhöhung um CHF 15.00 und bei der Oberstufe um CHF 10.00 statt. Gleichzeitig – und dies wurde von Christian Lanz wohl übersehen – ist bei der Primarschule der Ansatz für das Schulmaterial um CHF 15.00 und bei der Oberstufe um CHF 10.00 reduziert worden. Dies gibt somit am Ende eine Summe von Null. Für die genauen Gründe von dieser Verschiebung der Kosten vom Projektunterricht zum Schulmaterial müssten die Vertreter der Schule Stellung nehmen.

Lanz Christian, SVP: Dies bestätigt die Aussage des Präsidenten der Finanzkommission, dass gewisse Fragen einfach nicht ernst genommen werden. Hätte man uns die Gründe so erläutert, dann wäre es einfacher gewesen. Jetzt steht Aussage gegen Aussage und ich halte an meinen gestellten Anträgen fest.

Hitz Ernesto, Schulverwalter: Ich mag es sowohl Thomas Hoffmann, dem Präsidenten der FIKO, und Christian Lanz von Herzen gönnen, dass sie die Schulverwaltung noch etwas angreifen können. Da wir in der Regel sehr im Hintergrund arbeiten, gestattet es uns einmal Aufmerksamkeit zu erhalten. Es ist korrekt, dass meine erste Antwort auf die Anfrage der FIKO diejenige war, welche von Christian Lanz geschildert worden ist. Wir haben dann bemerkt, dass diese Antwort – aufgrund einer Positionsverwechslung – falsch war. Meine Aussage habe ich dann entsprechend korrigiert und der Finanzverwaltung um-

gehend zukommen lassen. Wo meine Antwort an die FIKO schlussendlich geblieben ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Die richtige Antwort an die Finanzkommission – so wie es bereits durch Vizeammann Paul Huwiler ausgeführt wurde – wurde von uns gegeben.

Geissmann Thomas, FDP: Ich möchte hier doch nochmals nachfragen. Verstehe ich es richtig, dass das Schulmaterial oder die Literatur günstiger geworden ist. Wenn ja, was sind die Gründe dafür, sind beispielsweise die Preise gesunken oder muss weniger eingekauft werden. Ich hege den leisen Verdacht, dass die Bücher günstiger geworden sind man die sich bietende Gelegenheit dahingehend genutzt hat, um einen anderen Posten zu erhöhen.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich finde es schade, dass wir die Diskussion führen müssen. Die Schule erhöht das Konto 1.2120.3170.00 um CHF 15.00 und reduziert gleichzeitig das Konto 1.2120.3104.00, weil sie herausgefunden hat, dass es Verschiebungen gegeben hat. Man muss sich in Zukunft zwei Mal überlegen, ob man überhaupt die tatsächliche Budgetwahrheit abbilden möchte oder nicht. Ich bitte für die Detailauskunft der Verschiebungen bei diesen Konten Rolf Stadler zu fragen. Er kann sicher klar darüber Auskunft geben, was sich konkret bei den Konten geändert hat. Die Kostenwahrheit abzubilden war wohl das Ziel und jetzt diskutieren wir stundenlang über dieses Thema.

Stadler Rolf, Präsident SLK: Aufgrund der Abschaffung des Globalbudgets bei der Schule vor einigen Jahren durch den Einwohnerrat und der Umstellung auf HRM2 waren einige Budgetpositionen nicht mehr genau. Wir wollten nicht einfach Rechnungen auf Konten verbuchen, welche nicht korrekt waren. Deshalb hat eine Angleichung der beiden Budgetpositionen stattgefunden. So können die Rechnungen künftig korrekt verbucht werden. Es handelt sich hier lediglich um eine Frage der Transparenz, welche ja auch immer wieder gefordert wird.

Lanz Christian, SVP: Ich habe hier eine Ergänzungsfrage beim Konto 1.2120.3104.01 „Lehrmittel“. Wenn es heisst, die Kosten bei den Lehrmitteln sei reduziert worden, weshalb findet bei diesem Konto denn eine Erhöhung statt. Die Rechnung 2016 betrug CHF 306'660, im Jahr 2017 war ein Betrag von CHF 320'000 budgetiert und nun wird im Budget 2018 ein Betrag von CHF 338'000 beantragt. Im Jahr 2018 wird es also teurer als im Jahr 2017.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich habe das Budget studiert und mir dieselbe Frage gestellt. Die Schule teilte mir auf meine Nachfrage hin mit, dass sich diese Zahl aufgrund der Schüleranzahl berechnet. Es gibt einen Pauschalbetrag pro Schüler von CHF 350.00 (Primarschüler). Im letzten Jahr betrug die Pauschale CHF 365.00 pro Schüler. Bei den Schulveranstaltungen ist es umgekehrt. Dort ist neu ein Betrag von CHF 25.00 vorgesehen und vorher war es ein Betrag von CHF 15.00. Tja, nun ist es halt so, dass es nicht jedes Jahr die gleiche Anzahl an Primarschüler, Schülern der Oberstufe, der Bezirksschule usw. gibt. Dies ändert logischerweise ständig. Offenbar verzeichnet die Schule derzeit mehr Primarschüler als im letzten Jahr.

Hitz Ernesto, Schulverwalter: Paul Huwiler hat grundsätzlich richtig auf die Frage geantwortet. Wenn man im Detail die Rechnung 2016 mit dem Budget 2017 vergleicht stimmt dies. In der Rechnung 2016 zeigt sich, dass wir das ausgeben was wir benötigen. Wir budgetieren gemäss Anzahl Schüler mit dem von Paul Huwiler genannten Pauschalbetrag. Wenn gespart werden kann, dann wird dies auch gemacht. Dies hatte zur Folge, dass im Budget 2017 der Einwohnerrat eine pauschale Streichung von CHF 20'000 beim Schulmaterial der Primarschule vorgenommen hat. Wir müssen jedoch so budgetieren, dass das Geld für die Anzahl Schüler ausreicht. Aus diesem Grund ist die Differenz zum Jahr 2017 natürlich wieder höher.

Geissmann Thomas, FDP: Es ist überhaupt nicht so, dass wir die Schule angreifen. Wir möchten es nur genau wissen. Jetzt wissen wir es.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2110.3170.00 Schulveranstaltungen sei um CHF 1'000 zu kürzen.

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung abgelehnt.

Seite 58, Konto 1.2120.3170.00 Schulveranstaltungen

Lanz Christian, SVP: Dieses Konto soll um den Betrag von CHF 10'000 gekürzt werden.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2120.3170.00 Schulveranstaltungen sei um CHF 10'000 zu kürzen.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 59, Konto 1.2130.3170.00 Schulveranstaltungen

Lanz Christian, SVP: Dieses Konto soll um den Betrag von CHF 8'000 gekürzt werden.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2130.3170.00 Schulveranstaltungen sei um CHF 8'000 zu kürzen.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 57, Konto 1.2110.3171.00 Exkursionen, Schulreisen, Lager

Stirnemann Alex, SP: Es geht vorliegendenfalls um Exkursionen, Schulreisen und Lager. Wir beantragen bei diesem Konto eine Erhöhung der Beiträge um CHF 1'000 auf neu CHF 3'000. Die schulischen Ausflüge unserer Gemeinde befinden sich, bezüglich der finanziellen Unterstützung, auf einem tiefen Niveau. Wir müssen die sehr stark ansteigende Schülerzahl, bei gleichbleibenden Beiträgen, beachten. Zudem fallen die Beträge, welche die Eltern bezahlen müssen, immer höher aus. Viele Lehrer wollen gar keine Schulreise mehr unternehmen, da das Budget einfach zu tief angesetzt ist, um etwas Sinnvolles organisieren zu können. Das Kinderhaben soll nicht ein Privileg von reichen Menschen sein. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass sich die Gemeinde entsprechend beteiligt. Jeder, der in der Schweiz die Schule besucht hat, kann sich sicher noch an diese Zeit erinnern und weiss wie abwechslungsreich der Schulalltag sein kann, wenn man mal aus dem Klassenzimmer heraus kommt. Der Schulstoff soll nicht nur immer trocken gelehrt werden. Insbesondere ist es doch auch wichtig, dass wir den Schülern unser Land und den Naturreichtum auch zeigen. Wir werden bei den Folgeposten weitere Anträge, mit derselben Begründung, um Erhöhungen stellen.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat hält an seinem beantragten Budget fest und bittet Sie um Ablehnung des Antrages, denn das vorliegende Budget ist ausgewogen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2110.3171.00 Exkursionen, Schulreisen, Lager sei um CHF 1'000 zu erhöhen.

wird mit 5 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung abgelehnt.

Seite 58, Konto 1.2120.3171.01 Exkursionen, Schulreisen, Lager

Stirnemann Alex, SP: Das Konto sei um CHF 20'000 auf neu CHF 60'000 zu erhöhen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2120.3171.01 Exkursionen, Schulreisen, Lager sei um CHF 20'000 zu erhöhen.

wird mit 6 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltung abgelehnt.

Seite 59, Konto 1.2140.3102.00 Drucksachen, Publikationen

Meier Daniel, SVP: Die Website der Gemeinde inkl. Schulen wurde vor zwei Jahren neu erstellt. Eine Überarbeitung zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht notwendig. Daher stellen wir den Antrag das Konto um CHF 9'600 auf neu CHF 10'500 zu kürzen. Dies entspricht der Rechnung 2016 und dem Budget 2017.

Huwiler Paul, Vizeammann: Die Gemeindeforum wurde tatsächlich vor zwei Jahren neu gemacht, diejenige der Schule jedoch nicht. Die Seite der Musikschule ist inzwischen rund 6-jährig und nicht wie von Daniel Meier behauptet 2-jährig. Darauf werden sämtliche Angebote publiziert. Die Seite wird zudem rege genutzt. Bei dieser Seite soll nun ein Redesign stattfinden und dafür braucht es die entsprechenden finanziellen Mittel. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass es sich um eine regionale Angelegenheit handelt. Hier kann man nicht CHF 9'600 sparen, sondern nur die Hälfte davon, denn die andere Hälfte wird von den Aussengemeinden bezahlt. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2140.3102.00 Drucksachen, Publikationen sei um CHF 9'600 zu kürzen.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung abgelehnt.

Seite 59, Konto 1.2140.3132.00 Honorare externen Berater, Gutachter

Lanz Christian, SVP: Die Anforderung zur Zertifizierung der Musikschule wurde im vergangenen Jahr abgeschlossen und ist sicher nicht schon wieder notwendig. Deshalb beantragen wir eine Kürzung von CHF 10'000 auf neu CHF 8'200. Sollte es doch notwendig sein, erwarten wir eine entsprechende Begründung dafür. Die Gelder sollen mittels Bericht und Antrag beantragt werden. Es kann nicht sein, dass hier wieder Gelder für externe Berater ausgegeben werden. Dies wurde heute Abend schon mehrfach erwähnt.

Huwiler Paul, Vizeammann: Auf diesen Punkt kann ich mangels detailliertem Wissen nicht eingehen. Gerne würde ich hier das Wort an die Schule weitergeben. Aber auch bei diesem Konto gilt zu beachten,

dass wenn eine Kürzung vorgenommen wird, auch die Einnahmeseite entsprechend angepasst werden muss. Denn auch hier beteiligen sich die umliegenden Gemeinden daran.

Corsiglia Franco, Schulpflegepräsident: Bei der Zertifizierung der regionalen Musikschule handelt es sich um eine Qualitätsfrage. Die externe Stelle nimmt eine Rezertifizierung vor. Diese findet nicht jedes Jahr statt. Im Jahr 2018 wäre sie wieder fällig. Wir sind der Meinung, dass diese Ausgabe notwendig und gerechtfertigt ist um die Qualitätsstandards der Musikschule aufrecht zu erhalten. Im Handbuch ist konkret beschrieben, welche Aufträge und Aufgaben die Lehrpersonen in diesem heterogenen Musikschulbereich zu erfüllen haben. Es ist zudem zu erwähnen, dass die Musikschule 880 Schülern aus fünf angeschlossene Gemeinden hat. Ich bitte Sie dem Antrag nicht zuzustimmen und so die Rezertifizierung der Musikschule zu ermöglichen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2140.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 10 '000 zu kürzen.

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung zugestimmt.

Seite 59, Konto 1.2130.3171.01 Exkursionen, Schulreisen, Lager

Stirnemann Alex, SP: Das Konto sei um CHF 20'000 auf neu CHF 80'000 zu erhöhen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2130.3171.01 Exkursionen, Schulreisen, Lager sei um CHF 20'000 zu erhöhen.

wird mit 6 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 65, Konto 1.2201.3171.00 Exkursionen, Schulreisen, Lager

Stirnemann Alex, SP: Das Konto sei um CHF 9'000 auf neu CHF 35'000 zu erhöhen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2201.3171.00 Exkursionen, Schulreisen, Lager sei um CHF 9'000 zu erhöhen.

wird mit 6 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 60, Konto 1.2140.3170.02 Anlässe, Veranstaltungen

Lütolf Harry, CVP: Es geht bei diesem Konto konkret um das 40-jährige Jubiläum der Musikschule, für welches ein Betrag von CHF 16'000 budgetiert wurde. Jubiläen sind „nice to have“, aber meiner Meinung nach sind diese nicht mit grosser nachhaltiger Wirkung verbunden. Mir scheint ausserdem, dass die 40 Jahre etwas gesucht sind. Ich frage mich, ob man nun davon ausgehen muss, dass bei der Musikschule im Rhythmus von 10 Jahren Jubiläen gefeiert werden. Ich finde eine solche Feier gehört zur Kategorie „wünschbar“, ist aber sicher nicht notwendig. Es wird für die Musikschule keine Folgen haben, wenn

sie dieses Jubiläum nicht feiert. Aus diesem Grund kann darauf verzichtet werden. Ich stelle somit den Antrag, dass der budgetierte Betrag von CHF 16'000 gestrichen wird.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich bitte Sie dem Antrag von Harry Lütolf nicht zuzustimmen. Der Gemeinderat hält konsequent an seinem Budgetvorschlag fest. Wie bereits erwähnt erachtet der Gemeinderat das Budget als gut und ausgewogen. Die Durchführung von Jubiläumsveranstaltungen ist vielleicht „nice to have“, aber der Gemeinderat ist der Ansicht, dass solche Feiern eine gewisse Ausstrahlung nach aussen haben. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass diese durchgeführt werden sollten. Handwerkerbetriebe führen auch Jubiläen durch. Die Handwerker hier im Saal können dies sicher bestätigen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2140.3170.02 Anlässe, Veranstaltungen sei um CHF 16'000 zu streichen.

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Seite 61, Konto 1.2171.3144.11 Unterhalt Hochbauten, Gebäude ausserordentlich

Büchi Roland, SVP: Der Betrag von CHF 113'000 ist um CHF 20'000 auf neu CHF 93'000 zu kürzen. Aufgrund der bevorstehenden An- und Umbauten im Schulhaus Halden macht es keinen Sinn das Treppenhaus für CHF 10'000 zu streichen. Bei jedem Um- und Anbau ist mit grosser Staubeentwicklung zu rechnen. Danach muss vermutlich nicht nur das Treppenhaus neu gestrichen werden. Auch macht es grossen Sinn die Spielgeräte auf dem Pausenplatz jetzt noch für CHF 10'000 zu ersetzen. Bitte stimmen Sie aus den genannten Gründen unserem Kürzungsantrag von CHF 20'000 zu.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Noch bevor der Gemeinderat das Budget in seiner 1. Lesung beraten hat, wurden die Positionen bereits in der Liegenschaftskommission behandelt und auf Herz und Nieren geprüft. Die einzelnen Positionen wurden vorgängig seitens der Verwaltung begründet und erläutert. Wir haben vorliegendenfalls ein mehrstufiges Verfahren. Es ist somit nicht einfach der Gemeinderat, welcher schlussendlich hinter diesen Zahlen steht.

Die Ausführungen von Roland Büchi sind nachvollziehbar. Der Vorteil eines mehrjährigen Finanzplanes ist derjenige, dass man sieht in welchen Zeithorizonten, welche Sanierungen von gemeindeeigenen Liegenschaften anstehen. Man erkennt, dass es noch mindestens sechs bis sieben Jahre dauern wird, bis die Sanierung des Schulhauses Halde stattfinden wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir in diesem Zeitraum keine Sanierungen mehr machen müssen. Diejenigen Stellen einer Liegenschaft, an welchen ein Verschleiss und eine Abnutzung festgestellt werden, müssen trotzdem einigermaßen instand gehalten und entsprechend saniert werden. Dies heisst, dass Geld investiert werden muss. Selbstverständlich werden darüber hinaus keine Sanierungen getätigt.

Aufgrund der Meldung unseres BFU-Delegierten wurde aus Sicherheitsgründen beim Spielplatz der Turm rückgebaut. Der nun eingesetzte Betrag für den Spielplatz von CHF 10'000 wird für den Ersatz von etwas bestehendem verwendet.

Aus diesen Gründen hält der Gemeinderat an seinem Budgetvorschlag fest und bittet Sie um Ablehnung des Antrages von Roland Büchi.

Lanz Christian, SVP: Ich kann die Ausführungen von Urs Kuhn teilweise nachvollziehen. Es geht jedoch nicht darum den Betrieb zu erhalten, sondern es geht um eine Renovation. Diese ist nicht dringend. Es spielt keine Rolle, ob sich die Streichung des Treppenhauses noch fünf oder sechs Jahren hinzieht. Das Schulhaus bleibt auch ohne die Ausführung dieser Renovation benutzbar. Ich kann verstehen, wenn man beim Spielplatz etwas ersetzen muss. Wir wissen aber derzeit beim Schulhaus Halde noch nicht, was dort genau passieren wird. Ob ein Spielplatz dann noch Platz hat dort, wissen wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Ich bin der Meinung, dass man auch dies aufschieben sollte, bis man weiss, wie es weitergeht.

Keller Anna, Grüne: Auf die Streichung des Treppenhauses könnte man meiner Meinung nach verzichten. Diejenigen Kinder, welche derzeit die Primarschule besuchen befinden sich nach sechs Jahren nicht mehr dort. Es ist eine Zumutung, dass diese in dieser Zeit einfach keine Spielgeräte haben sollen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2171.3144.11 Unterhalt Hochbauten, Gebäude ausserordentlich sei um CHF 20'000 zu kürzen.

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 64, Konto 1.2191.3158.00 Unterhalt Informatik-Software

Lanz Christian, SVP: Wir stellen den Antrag, das dieses Konto um den Betrag von CHF 80'000 zu kürzen ist auf neu CHF 42'200. In der Rechnung 2016 ist ein aufgewendeter Betrag von CHF 36'775.15 aufgeführt. Im Budget 2017 ist ein Betrag von CHF 96'000 veranschlagt und für das Jahr 2018 wurde das Konto nochmals erhöht auf CHF 122'200. Es kann doch nicht sein, dass man mit einem Bericht und Antrag (13078) nicht nachvollziehbare Mehrkosten produziert. Die Antwort der Schulverwaltung bezieht sich auf eine Kreditunterschreitung. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Konto soll um CHF 80'000 gekürzt werden und wenn der Betrag wirklich notwendig ist, soll der Gemeinderat einen Bericht und Antrag zu Händen des Einwohnerrates, mit entsprechender Begründung, verabschieden.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat bitte Sie den Antrag abzulehnen. Vorliegendenfalls geht es um Lizenzposten, welche in diesem Konto enthalten sind. Mit der Zustimmung des Einwohnerrates zum Bericht und Antrag wurde eine Investition getätigt und die Schul-IT erneuert. Die Erneuerung der Schul-informatik wurde letzten Sommer ausgeführt. Die Schule ist zufrieden damit. Es sind nun jedoch, mit 950 bis 1'000 im einsatzstehenden Geräten, mehr PC's vorhanden. Mit mehr Computern braucht es logischerweise auch mehr Strom, mehr Lizenzen, mehr Wartung und Support. Wenn ich privat ein Auto erwerbe, dann ist mir auch klar, dass es Benzin benötigt zum Fahren. Dies erfolgt über das Budget und nicht über die Investition.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.2191.3158.00 Unterhalt Informatik-Software sei um CHF 80'000 zu kürzen.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 68, Konto 1.3290.3636.01 Kulturkredit

Stirnemann Alex, SP: Die SP beantragt bei diesem Konto eine Erhöhung um CHF 10'000 auf neu CHF 40'000. Wir haben dies bereits einmal gefordert. Vor 24 Jahren wurde ein Bericht und Antrag im Einwohnerrat behandelt, bei welchem ein Beitrag von CHF 40'000 festgelegt worden ist. In diesen 24 Jahren verzeichnet die Gemeinde Wohlen einen Anstieg der Bevölkerung von 3'000 Personen. Auch beim Kultursekretariat wurde das Stellenpensum um 20% erhöht. Ich bin nicht damit einverstanden, wenn man einen Bericht und Antrag mit einer klaren Forderung vorliegend hat und dies dann anschliessend mit einem Prozentsatz abwälzt. Allein schon die zusätzlichen 3'000 Einwohner weisen ein Kulturbedürfnis aus. Konsequenterweise müssten nun alle diejenigen Stimmen, welche vorhin von „Verschaukelung“ gesprochen haben. Diese müssten mit mir einig sein, dass der Bericht und Antrag von 1993 nach wie vor umzusetzen ist. Dies würde bedeuten, dass der Gesamtbetrag von CHF 40'000 ins Budget aufgenommen wird.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Der Antrag den Kredit zu erhöhen ist mir persönlich sehr sympathisch. Es stimmt natürlich, dass im Jahr 1993 der Einwohnerrat ein Kredit genehmigt hat. Vor vier Jahren wurde dann der Kredit um CHF 10'000 auf CHF 30'000 gekürzt. Es wurde damals verpasst auf den Bericht und Antrag aufmerksam zu machen. Mittlerweile arbeitet der Gemeinderat am neuen Kulturkonzept. Vielleicht wird dieser im kommenden Jahr verabschiedet. In diesem Zusammenhang möchte man auch wieder auf den Budgetkredit von CHF 40'000 zurückkommen. Aus Gründen betreffend der Präjudiz ist der Gemeinderat jedoch der Meinung, dass wir nun an unserem Budgetvorschlag zustimmen und Sie bitten den Antrag der SP abzulehnen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.3290.3636.01 Kulturkredit sei um CHF 10'000 zu erhöhen.

wird mit 8 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 70, Konto 1.3413.3144.01 Unterhalt Hochbauten, allgemein

Lanz Christian, SVP: Ich habe eine Anmerkung zum Fussballplatz im Sportzentrum Niedermatten. Wir bezahlen der Euro-Green jährlich CHF 80'000 für den Unterhalt des Fussballplatzes. Der Gemeinderat soll prüfen, ob die Euro-Green die Arbeit immer richtig durchgeführt hat. Ich möchte wissen ob, die Euro-Green dem Gemeinderat nie gemeldet hat, dass sie am Rasen lieber nichts mehr machen wollen, da dieser nicht mehr zu retten ist. Der Gemeinderat soll die Zusammenarbeit der Euro-Green hinterfragen und allenfalls den Vertrag auflösen oder andere Ziele setzen. Es kann und darf nicht sein, dass die Euro-Green für CHF 80'000 pro Jahr verrechnet und niemanden darauf aufmerksam macht, dass ein weitere Bearbeiten vom Rasen (Hauptspielfeld) zu keinem Erfolg führt.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Es liegt nicht an der Arbeit der Euro-Green. Die Euro-Green erhält den Betrag von CHF 80'000 für den Unterhalt sämtlicher Rasenplätze im Sportzentrum Niedermatten. Der Betrag wird somit nicht nur für den Unterhalt des Hauptfeldes aufgewendet. Die Kosten für die Pflege werden zu ca. 1/3 pro Feld verwendet. Wir werden voraussichtlich noch dieses Jahr eine Vorlage bezüglich der Rasensanierung des Hauptfeldes im Stadion Niedermatten zu Händen des Einwohnerrates verabschieden. In diesem Bericht und Antrag wird ersichtlich sein, dass sich die Problematik nicht bei der Pflege und beim Unterhalt zeigt, sondern beim Aufbau. Die Euro-Green arbeitet ganz streng nach einem Pflegeplan und ist verpflichtet diesen einzuhalten. Dank dem derzeit hohen Pflegeaufwand kann der Rasen noch einigermaßen genutzt werden.

Meyer Meinrad, CVP: Die SVP hat das Referendum gegen den Kunstrasen ergriffen.

Seite 72, Konto 1.5330.3062.00 Teuerungszahlungen auf Renten

Seite 72, Konto 1.5330.3170.00 Ausflug pensioniertes Gemeindepersonal

Lütolf Harry, CVP: Bei den genannten Konten möchte ich gerne zwei Fragen stellen. Ich frage mich, welche Prognose der Gemeinderat hier getroffen hat, dass er einen Betrag von CHF 11'000 budgetiert.

Es ist schön, wenn ein Ausflug für das pensionierte Gemeindepersonal organisiert wird. Kommen denn überhaupt welche an diesen Ausflug, sprich besteht eine Nachfrage und wenn ja, wie viele Personen nehmen jeweils daran teil? Weiter möchte ich vorschlagen, so kenne ich es bei anderen Firmen, dass die in den Ruhestand getretenen Mitarbeitenden einfach an die normalen Personalausflüge, Weihnachtsessen des noch aktiven Personals eingeladen werden. Dass eine separate Veranstaltung durchgeführt wird, finde ich nicht unbedingt notwendig.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Ausflug für das pensionierte Gemeindepersonal findet nur alle zwei Jahre statt. Beim letzten Ausflug war ich dabei. Es muss jeweils ein Car für die Reise gebucht werden, da sehr

viele Leute daran teilnehmen. Die Pensionierten der Gemeinde Wohlen schätzen es sehr, als ehemalige Mitarbeiter alle zwei Jahre, zu diesem Anlass eingeladen zu werden.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Die Teuerung für die budgetierten Renten betrifft zwei bis drei Personen, welche noch bei der Swiss Life versichert waren. Das heisst vor der Zeit als das Gemeindepersonal bei APK versichert war. Beim damaligen Übertritt wurden diese bei der Swiss Life gelassen. Die Teuerung bleibt konstant und wird mit dem Ableben dieser Personen auslaufen.

Seite 73, Konto 5730 Asylwesen

Steiner Annelise, SVP: Beim Posten Asylwesen mit einem Betrag von CHF 1,25 Mio. möchte ich gerne eine Anmerkung anbringen. Es ist spannend was Alleinerziehende erhalten und was ausgegeben wird. Ich frage mich, wo die soziale Politik für das eigene Volk ist.

Seite 73, Konto 1.5790.3000.00 Sitzungs- und Taggelder Sozialkommission

Lütolf Harry, CVP: Da ich dies noch nie offiziell gehört habe, hätte ich gerne eine Erklärung zum vorliegenden Konto. Hier sind keine Sitzungsgelder mehr budgetiert. Ich habe vernommen, dass die Sozialkommission abgeschafft wird. Ich wollte gerade unsere Mitglieder für die Kommissionen rekrutieren, als man mir mitteilte, dass es diese in der neuen Legislaturperiode nicht mehr geben soll. Gerne erkunde ich mich nach den Gründen für diese Entscheidung.

Huwiler Paul, Vizeammann: Es ist tatsächlich vorgesehen, die Sozialkommission nicht weiterzuführen. Durch die neue Verwaltungsorganisation, welche dem Einwohnerrat ja bereits hinlänglich bekannt ist, werden die Aufgaben an diese Stellen gebraucht, an welcher die entsprechende Kompetenz vorhanden ist. Diese befinden sich in der Verwaltung, in den Sozialen Diensten. Die Sozialen Dienste werden die Entscheide, wie heute bereits, vorbereiten und in eigener Kompetenz durchführen. Sämtliche Fälle, welche heute von der Sozialkommission behandelt werden, sind bereits aufgearbeitet. Es sind nur wenige Fälle bekannt, bei welchen es anlässlich der Sitzungen zu Änderungen gekommen ist. Effizienz ist das Stichwort.

Seite 74, Konto 1.6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter

Geissmann Thomas, FDP: Generell möchte ich eine Anmerkung anbringen. Es geht um die Kosten für externe Berater und Gutachter. Gerne möchte ich hier etwas in der Zeit zurückgehen und Franz Wille von der CVP zitieren, welcher bis vor kurzem noch hier mitdiskutiert hat. Er hat 13. Oktober 2014 am folgenden gesagt:

„Die Kosten drohen aus dem Ruder zu laufen. Sie wachsen von Budget 2014 zu Budget 2015 um CHF 105'000 oder 15.8% auf CHF 768'500 an.“

Im Jahr 2014 wurde der Posten dann um CHF 100'000 reduziert. Die Kosten wurden dann auch tatsächlich erreicht. Es gab keine Überschreitung. Das Interessante darin ist, wo wir jetzt kostenmässig stehen. Gerne sage ich es Ihnen. Wir wollen im Jahr 2018 einen Betrag von CHF 999'200 für externe Berater und Gutachter ausgeben. Selbstverständlich ist mir klar, dass die Gemeinde, mit der Schulraumplanung, Eishalle etc., zahlreiche Grossprojekte auszuführen und somit mehr Investitionen zu tätigen hat. Es kann jedoch nicht sein, dass wir im Gemeindehaus immer mehr Personal einstellen und gleichzeitig verdoppeln sich diese Kosten fast. Hier müssen wir wirklich Gegenmassnahmen ergreifen und eine davon wäre das vorliegende Konto um CHF 50'000 zu reduzieren. Wir müssen ein Zeichen setzen, denn wir wollen nicht, dass alles an Externe vergeben wird. Man muss hier doch vernünftig sein und sich als Gemeinde überlegen, ob eine Arbeit intern gemacht werden kann. Vielleicht kann das Fachpersonal in der Verwaltung die Arbeit besser und günstiger ausführen als eine externe Stelle. Ich hoffe Sie folgen meinem Antrag.

Lanz Christian, SVP: Die SVP möchte an ihrem Antrag festhalten. Dasselbe Konto soll um den Betrag von CHF 55'000 reduziert werden. Der Grund dafür ist, dass wir dann wieder denselben Betrag erreichen, wie im Budget 2017.

Geissmann Thomas, FDP: Wir ziehen unseren Antrag zurück und unterstützen denjenigen der SVP.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Gerne bringe auch ich einige generelle Ausführungen an. Die Kosten für Honorare, Gutachter und externe Berater werden für fachspezifische Abklärungen aufgewendet. Konkret heisst dies zum Beispiel für einen Geologen, einen Ingenieur oder einen Strassenbauer. Die Arbeiten, welche durch die Gemeindeverwaltung intern erledigt werden können, haben mit der Organisation und der Abwicklung der Projekte zu tun. Dies beinhaltet auch das korrekte Ansteuern der verschiedenen Planer. Dies hat teilweise durch eine externe Bauherren-Unterstützung stattfinden müssen. Bei den Angestellten handelt es sich nicht um „eierlegende Wollmilchschweine“, welche sämtliches fachspezifisches Wissen aufweisen. Wir haben weder einen ausgebildeten Statiker, noch einen Geologen oder einen Verkehrsplaner innerhalb der Verwaltung. Es handelt sich hier alles um Spezialgebiete, bei denen der Beizug von externen Fachspezialisten notwendig ist. Damit die Projekte so weit vorangetrieben werden können, dass sie dem Einwohnerrat unterbreitet werden können, sind wir darauf angewiesen, dass uns das Geld für die Kosten der externen Berater zur Verfügung gestellt wird. Zu glauben, dass die Kosten für Externe sinken würden, wenn man mehr internes Personal hat, ist ein Irrglauben. Wir können schlicht und einfach gar nicht alle Spezialgebiete abdecken, welche bei der Durchführung sämtlicher Projekte auftreten. Wir müssten eine sehr breit aufgestellte Verwaltung haben, was für die Gemeinde gar nicht finanzierbar wäre.

Ich schlage ebenfalls vor, den Antrag von Christian Lanz, mit einer Kürzung von CHF 55'000, zu unterstützen. Hier handelt es sich um ein Beispiel, welches aufzeigt, auf welcher Flughöhe man sich zum Budgetierungszeitpunkt im April befunden hat und was in der Zwischenzeit passiert ist. Im Gesamtbetrag von CHF 205'000 sind zum Beispiel auch die Projektierungskosten „Sorenbühlweg“, Projektierungskosten für die alte Bahnhofstrasse oder für Verpflichtungskredite, welche sie bereits gesprochen haben, enthalten. Folge dessen kann man dem vorliegenden Kürzungsantrag sehr gut zustimmen, weil die Gelder gar nicht benötigt werden. Dies ist der normale Ablauf des Budgetierungsprozesses.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 55'000 zu kürzen.

wird mit 33 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung zugestimmt.

Seite 75, Konto 1.6340.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter

Geissmann Thomas, FDP: Wir stellen den Antrag, dieses Konto um den Betrag von CHF 10'000 zu kürzen. Auch hier hat der Gemeinderat das Vorjahresbudget um einen Betrag von CHF 10'000 erhöht. Der Kommunale Gesamtplan Verkehr (KGV) ist bereits erstellt. Es handelt sich somit nicht um eine Angelegenheit, welche plötzlich Kosten verursachen wird. Wir sehen nicht ein, dass hier die Kosten verdoppelt werden sollen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Vorliegendenfalls gehe ich von einer Verkehrszählung aus, welche geplant ist.

Meyer Christoph, Leiter Tiefbau: Hier geht es beispielsweise um den Gestaltungsplan betreffend dem Quartier Aesch, Notter. Hier wurde der Betrag bereits einmal auf CHF 10'000 gekürzt, die Ausgaben müssen jedoch zwingend getätigt werden, da ein Bauvorhaben realisiert werden soll und zusammen mit dem Kanton ein Verkehrsgutachten erstellt werden muss. Es ist unabdingbar, dass wir die Flexibilität haben, um solche Gutachten zeitgerecht in Auftrag geben zu können. Es handelt sich nicht um ein konkretes Projekt oder einen Auftrag im Moment, sondern es gewährleistet, dass wir entsprechende Gutachten erstellen lassen können, sofern diese notwendig sind.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.6340.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 10'000 zu kürzen.

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung zugestimmt.

Seite 79, Konto 1.7900.3132.01 Honorare externe Berater, Gutachter

Duschén Andrea, Präsident: Vorliegend sind zwei unterschiedliche Anträge zum selben Konto. Die FDP beantragt eine Kürzung dieses Kontos um einen Betrag von CHF 30'000 und die SVP möchte gerne eine Kürzung von CHF 80'000. Vielleicht gibt es auch hier die Möglichkeit, dass sich die beiden Parteien einigen und einen Antrag zurückziehen.

Lanz Christian, SVP: Wir stellen den Antrag das Konto um CHF 80'000 zu kürzen. Die Finanzkommission stellte auch bei dieser Position eine Frage an die Verwaltung. Die Antwort erfolgte von der Abteilung Planung, Bau und Umwelt wie folgt:

„Durch Personalausbau in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt wird hier eine Abnahme von Kosten externer Berater und Planer spürbar sein.“

Wenn also eine Abnahme der Kosten spürbar sein soll, dann sollte das Konto um CHF 80'000 gekürzt werden.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich bitte Christian Lanz den gesamten Antworttext der Abteilung Planung, Bau und Umwelt vorzulesen und nicht nur einen Ausschnitt davon. Dieser lautet wie folgt:

„Durch den Personalausbau im Bereich Liegenschaften (Leiterin Liegenschaften Zeliha Kuscuoglu), können gemeindeeigene Grossprojekte wie Sportpark Bünz matt, Dreifachturnhalle Hofmatten und Schulraumerweiterung Halde (mit Option Bleichi), ab Studie bis zur Inbetriebnahme organisiert und geführt werden, sowie anstehende grössere Sanierungen selber durchgeführt werden. Hier wird eine Abnahme von Kosten für externe Planer spürbar sein. Im Einzelfall werden jedoch fachtechnische Beratungen und Untersuchungen weiterhin unabdingbar sein.“

Das war die Antwort, welche durch die Abteilung Planung, Bau und Umwelt erteilt wurde und nicht das, was Christian Lanz zitiert hat. Es ist somit korrekt, dass es in Sachen Bauherrenberatung eine Abnahme geben wird. Aber das ist hier nicht dasselbe Konto. Hier handelt es sich um ein Konto bei der Raumordnung und nicht bei den Liegenschaften. Wie in den Kommentaren ausgeführt, geht es hier um Planungen und Gutachten bei Baugesuchen. Es geht um juristische Beratungen, welche wir benötigen. Es geht weiter darum, dass in der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) Instrumente erstellt werden müssen um die Bauherren zu unterstützen. Es betrifft nicht den Bereich Liegenschaften. Im Kommentar zum Budget ist im Detail aufgeführt, für was man die budgetierten Beträge benötigt werden. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die Gemeinde auf diese budgetierten Gelder angewiesen ist, um die bevorstehenden baulichen Aufgaben erfolgreich ausführen und bewältigen zu können. Ich bitte Sie somit dem Antrag nicht zuzustimmen.

Geissmann Thomas, FDP: Die FDP erachtet eine Kürzung des Kontos um CHF 80'000 – so wie durch die SVP beantragt – als etwas hoch. Wir denken, dass es schwierig sein könnte hierfür eine Mehrheit zu finden. Manchmal backt man besser kleine Brötchen. Unsere Überlegung einen Kürzungsantrag im Betrag von CHF 30'000 zu stellen, war derjenige, dass man denselben Budgetbetrag wie im Vorjahr hat. Die Begründung ist immer dieselbe. Es wurde uns versichert, dass wenn man zusätzliches Personal einstellt, dass sich dann in der Folge die Kosten bei den Konten „Honorare, externe Berater und Gutachter“ reduzieren und man so Einsparungen erzielen kann. Wenn man sich das vorliegende Budget im Detail anschaut, dann ist es einfach ganz anders und es wurde bei den besagten Konten immer mehr budgetiert. Dies obschon mehr Personal eingestellt wurde. Mir ist auch bewusst, dass gewisse Fachexperten benötigt werden. Ich habe den Eindruck erhalten, dass sich der Gemeinderat drei oder vier Mal absichern

möchte und aus diesem Grund überall noch Gutachten anfordert. Ich bin nicht sicher, ob es diese in jedem Fall auch braucht. Manchmal besteht auch die Möglichkeit, ein einfacheres Vorgehen zu wählen – diese Aussage, ohne Kenntnis über alle Details. Unser Anspruch ist, dass man mit dem zusätzlich bewilligten und angestellten Personal wenigstens auf dem Vorjahresniveau bleibt. Aus diesem Grund wollen wir den budgetierten Betrag um CHF 30'000 kürzen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Bei den Aufgaben, welche an Externe erteilt werden müssen, handelt es sich um Aufgaben, deren Erledigung durch die Gemeinde unabdingbar ist. Wenn weniger Gelder zur Verfügung gestellt werden, können auch weniger Aufgaben ausgeführt werden. Das ist die direkte Auswirkung. Das bedeutet Verzicht. Selbstverständlich kann man der Meinung sein, dass nicht alle Aufgaben ausgeführt werden sollen. Wir haben jedoch einen grossen Aufgabenkatalog, welchen wir erfüllen müssen. Dies sehen Sie auch anhand des Finanzplanes. Damit wir dies bewältigen können, sind wir auf die Unterstützung von Fachpersonen angewiesen. Ich bitte Sie deshalb dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Im Zweifelsfall stimmen Sie doch bitte dem Antrag von Thomas Geissmann zu.

Geissmann Thomas, FDP: Gerne gebe ich Ihnen ein konkretes Beispiel. Die Urnengräber mussten erweitert werden. Die Anlage dafür war grundsätzlich schon vorhanden. Der Gemeinderat war der Meinung, dass dies von einem Landschaftsarchitekten gemacht werden muss, obschon es sich nur um eine Duplizierung der bestehenden Gräber handelte. Ein solches Vorgehen betrachte ich schlicht als unsinnig. Man kann sowas viel einfacher und günstiger angehen. In die Budgets werden immer die maximalen Beträge aufgenommen, damit man sich das Fachwissen sichern kann. Es braucht hier mehr Sparwillen und ich bin zu 100% davon überzeugt, dass wir mit unserem Antrag richtig liegen.

Lütolf Harry, CVP: Ich würde gerne vom zuständigen Abteilungsleiter der Abteilung Planung, Bau und Umwelt einige nähere Ausführungen hören. Ich möchte konkret erfahren, was die Grundlagen für den recht hoch budgetierten Betrag bei diesem Konto sind.

Konrad Roland, Leiter PBU: Ich bestätige die Ausführungen von Arsène Perroud. Wenn es zu einer Reduktion bei diesem Budgetposten kommen sollte, dann bedeutet dies unweigerlich auch Verzicht. Ein Verzicht auf Massnahmen, welche die räumliche Entwicklung der Gemeinde Wohlen vorantreiben würden. Wenn der Einwohnerrat eine Kürzung vornimmt, dann müssen wir uns dem beugen. Auch mit der zusätzlich bewilligten Stelle sind wir noch auf die externe Beratungen, Fachgutachter und Planer angewiesen. Die Abteilung Planung, Bau und Umwelt verfügt intern nicht über die notwendigen Fachangestellten, um die spezifischen Aufgaben selbst ausführen zu können.

Duschén Andrea, Präsident: Es liegen nach wie vor zwei Anträge vor. Ich fragte die Antragssteller an, ob sie jeweils an ihrem Antrag festhalten zu gedenken.

Lanz Christian, SVP: Die SVP wird sich dem Antrag der FDP anschliessen und zieht ihren eigenen Antrag zurück.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.7900.3132.01 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 30'000 zu kürzen.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen zugestimmt.

Seite 79, Konto 1.8120.3130.00 Dienstleistungen Dritter

Büchi Roland, SVP: Wir stellen den Antrag, dass den Betrag bei diesem Konto um CHF 10'000 auf neu CHF 15'000 zu kürzen. Diese beiden Feldwege befinden sich unterhalb vom Karosserie und Spritzwerk Neeser. Von diesen Feldwegen aus kann man direkt auf die Bremgartenstrasse hinausfahren, was sicher nicht ungefährlich ist, da sich diese Ausfahrten doch kurz nach einer Kurve befinden. Von daher macht es durchaus Sinn diese Ausfahrten zu schliessen. Aber einen Betrag von CHF 15'000 zur Schliessung von

zwei Feldwegen einzusetzen ist doch etwas übertrieben. Mit ein paar Steinblöcken oder ähnlichem wäre das eigentlich erledigt. Ich bitte sie stimmen sie unserem Antrag zu.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Es geht hier konkret um den Flurweg, welcher die Parzellen im Altebaa und Baanhau miteinander verbindet. Dies befindet sich, wie erwähnt von Roland Büchi, hinter dem Carrosserie und Spritzwerk Neeser. Es ist in der Tat eine gefährliche Ausfahrt, welche geschlossen werden muss. Mit der Schliessung der Ausfahrt ist es jedoch notwendig, dass eine andere Erschliessung der beiden genannten Landwirtschaftsparzellen erfolgt, ansonsten können diese nicht mehr erreicht werden. Es sind auch noch weitere Aspekte zu berücksichtigen, wie Landerwerb und -abtausch. Es handelt sich vorliegendenfalls um ein Gesamtprojekt. Der dafür eingestellte Betrag ist für die neue Erschliessung vorgesehen. Man kann somit nicht einfach einen Steinblock bei der Ausfahrt anbringen. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen, da wir die Erschliessung der Parzellen gewährleisten müssen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.8120.3130.00 Dienstleistungen Dritter sei um CHF 10'000 zu kürzen.

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung abgelehnt.

Seite 79, Konto 1.8120.3141.00 Unterhalt Flurwege

Büchi Roland, SVP: Der Betrag von CHF 100'000 ist aus dem Budget zu streichen. Dass dieser Betrag im Budget 2018 auftaucht, ist schon fast eine Frechheit. Wie Sie sich sicher noch erinnern können, hat der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 23 Januar 2017 beschlossen, dass der Posten „Unterhalt der Flurwege“ aus Kostengründen gestrichen wird. Nun taucht dieser Posten plötzlich wieder auf. Hier wird ein demokratisch gefällter Entscheid vom Einwohnerrat einfach nicht ernstgenommen und übergangen. Da frage ich mich schon, weshalb wir an den Einwohnerratssitzungen etwas beschliessen, was dann vom Gemeinderat einfach ignoriert wird. Bevor uns jetzt der zuständige Gemeinderat wieder den Vorwurf macht, gerade wir als SVP würden die Bauern nicht unterstützen, kann ich nur sagen, dass sogar die Bauern in unserer Partei der Meinung sind, dass diese Arbeiten zurzeit unnötig sind. Bitte stimmen sie unserem Antrag zu und streichen sie die CHF 100'000 aus dem Budget.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat anlässlich der Debatte zum PWI-Projekt mehrfach darauf hingewiesen, dass der Unterhalt dieser Strassen genau gleich zu leisten ist. Der Bund und der Kanton hätten sich bei diesem PWI-Projekt mit über CHF 200'000 beteiligt, wenn der Einwohnerrat dem zugestimmt hätte. Im vorliegenden Fall geht es um die Obere Haldenstrasse, welche Ende Bauzonengrenze bis zur Haltestelle der BDWM verläuft. Allen, welche in der Nähe dieser Strasse wohnen – Roland Büchi lebt meines Wissens selber auch dort – ist bewusst, dass der Unterhaltsbedarf besteht. Auch diese Strassen haben sich im PWI-Projekt befunden. Die Notwendigkeit des Strassenunterhaltes der Flurwege ist auch dann noch bestehend, wenn man das PWI-Projekt ablehnt und keine Zustimmung für die Gelder gibt. Auf genau diesen Punkt hat der Gemeinderat bei der Behandlung des Geschäftes hingewiesen. Ich möchte mich deshalb dem Vorwurf verwehren, dass wir einen demokratischen Entscheid nicht beachten. Wir beachten diesen sehr wohl, aber unsere Pflicht als Gemeinderat ist es auch, die notwendigen Arbeiten aufzuzeigen und die entsprechenden Anträge dazu zu stellen. Würden wir dies nicht machen, dann käme mit Sicherheit der Vorwurf auf, dass wir nicht für die Instandhaltung dieser Strassen und Wege schauen. Beim vorliegenden Fall ist der Unterhalt notwendig. Wir müssen diesen machen, ansonsten wird die Strasse Schäden erleiden und kann langfristig nicht weiterbetrieben werden. Man kann als Beispiel den Sorenbühlweg aufzeigen, bei welchem die Sanierung dann einfach wesentlich teurer ausfällt. Dass der Gemeinderat nun diesen Betrag budgetiert, ist die logische Schlussfolgerung aus dem ablehnenden Entscheid des Einwohnerrates betreffend dem PWI-Projekt.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Im Jahr 2013 wurde im Rat das Reglement, welches Flur- und Drainagen regelt, verabschiedet. Darin ist enthalten, dass jeder Landbesitzer CHF 0.60 pro Are an den Unterhalt bezahlen muss. Dies fliesst in die öffentliche Rechnung ein. Dies sieht niemand. Man hat den Unterhalt –

aufgrund des PWI-Projektes – die letzten beiden Jahre vernachlässigt, damit er mit Bundesgeldern hätte nachgeholt werden können. Es fliesst jedes Jahr von den Landbesitzern ein nicht unwesentlicher Betrag von CHF 20'000 in die Kasse.

Geissmann Thomas, FDP: Für mich ist das nun antidemokratisch. Jahr für Jahr wurde seit dem Jahr 2014 immer CHF 10'000 ausgegeben. Ich bin überzeugt, dass war auch schon früher so. Im Januar 2017 wurde dem Einwohnerrat das Projekt vorgestellt. Es heisst seitens Gemeinderat die Flurwege müssten saniert werden. Der Einwohnerrat hat entschieden, dass er das nicht machen will und lehnte die Vorlage ab. Im selben Jahr steigt der Budgetbetrag dann von CHF 10'000 auf CHF 100'000. Als Begründung heisst es, dass es sehr dringend ist. Das kann ich nicht ernst nehmen. Es scheint als wäre das nun die „Retourkutsche“. Der Argumentation von Arsène Perroud vermag ich nicht zu folgen. Ich empfehle dem Einwohnerrat dem Antrag um Reduktion zuzustimmen. Es geht nicht darum, ob man dafür oder dagegen ist, dass die Flurwege saniert werden, sondern es geht um mehr. Ich frage mich, kann man die Demokratie noch ernst nehmen. Der Einwohnerrat hat einen Entscheid getroffen und ich frage mich, ob dies Gültigkeit hat oder nicht.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich finde das absolut nicht undemokratisch, sondern der Gemeinderat zeigt einzig und allein auf, dass die Notwendigkeit besteht. Wir haben ein gültiges Reglement, welches der Einwohnerrat verabschiedet hat. Der Gemeinderat lebt einzig und allein diesem Reglement nach. Darin steht, dass die Gemeinde dazu verpflichtet ist, den Unterhalt dieser Flurwege vorzunehmen. Es handelt sich um unsere Aufgabe die bestehenden Bauten zu unterhalten und hier gehören die Strassen nun Mal auch dazu. Wir erhalten so eine gute Infrastruktur, auch wenn es sich vorliegendenfalls nur um einen „kleinen“ Flurweg handelt. Wenn der Einwohnerrat heute Abend einen anderen Entscheid fällt, dann nehmen wir diesen so entgegen. Wir werden dies so befolgen. Da der Unterhalt jedoch weiterhin notwendig bleiben wird, werden wir den Antrag immer und immer wieder stellen. Das ist dasselbe Vorgehen wie bei der IT-Sicherheitsanalyse. Wir weisen darauf hin, welche Aufgaben notwendig sind. Das hat nichts mit Undemokratie zu tun, sondern dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen und den vom Einwohnerrat verabschiedeten Reglementen nachleben.

Muff Josef, SP: Das ist wieder einmal ein typisches Spiel, welches gespielt wird. Man hebt hervor, dass das Parlament etwas beschlossen hat und immer Recht hat. Aber es gibt auch Momente, in denen das Parlament nicht Recht hat, wie auch das Volk manchmal nicht Recht hat. Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb man nun fast gar nichts mehr an den Projekten macht. Man lässt die Strassen verlottern und irgendwann gibt man dem Gemeinderat die Schuld, er hätte sie nicht unterhalten. Ich frage mich, was der Gemeinderat genau machen soll. Am besten man streicht gleich alles heraus und dann ist Ruhe!

Burkard Thomas, Grüne: Thomas Geissmann liegt mit seiner Annahme nicht richtig. Ich bedauere, dass das PWI-Projekt abgelehnt wurde im Januar. Falls Sie sich erinnern können, es wurde sehr knapp abgelehnt. Es ist klar, dies ist ein demokratischer Entscheid. Ich muss jedoch eindringlich darauf hinweisen, dass wir mit unserem Beschluss auf ganz viele Bundesgelder verzichtet haben. Logischerweise kommt nun der Boomerang zurück. Die Gemeinde muss nun die Flurwege alleine sanieren. Auf die nächsten Jahre hinaus gesehen wird das die Gemeinde teurer zu stehen kommen. Dies ist nicht wegzudiskutieren. Der Gemeinderat hat die Aufgabe, gemäss des verabschiedeten Reglementes, die Budgetanträge alljährlich wieder zu stellen. Leider haben wir nun die Unterstützung des Bundes verloren.

Lanz Christian, SVP: Ruedi Donat hat es korrekt ausgeführt. Der Beitrag ist für den Unterhalt der Flurwege sowie Arbeiten an der Drainage vorgesehen. Die SVP stellt keinen Antrag zum Konto, welches die Drainagen betrifft. Es kann hingegen nicht sein, dass nach lediglich sieben Monaten ein Entscheid des Parlamentes umgangen wird, indem man die gewollten Beträge einfach „auf gut Glück“ in das Budget verpackt. Es geht hier um einen Betrag von CHF 100'000, welchen man offenbar in der Hoffnung, dass es der Einwohnerrat nicht bemerkt, in das Budget aufgenommen hat. Es ist sicherlich richtig, dass die Gemeinden zu diesen Strassen und Wegen schauen muss, jedoch möchte ich festhalten, dass vorliegendenfalls ein Entscheid gefallen ist. Es handelt sich hier einfach um eine „Salami-Taktik“. Ich bitte Sie, unterstützen Sie den Antrag.

Geissmann Armin, FDP: Das können weder Josef Muff noch ich entscheiden, denn das Volk entscheidet und sagt Ja oder Nein. Es wird nicht darüber bewertet, ob etwas falsch oder richtig ist. Ich mag es nicht,

wenn man sagt, dass das Volk falsch entscheidet. Am Ende bestimmt immer das Volk und entscheidet sich für einen Weg.

Lütolf Harry, CVP: Hier scheinen Verschwörungstheorien erfunden zu werden. Dies zeugt von einem tiefem Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat. Der Weg ist bekannt und wurde in den Erläuterungen konkret ausgewiesen. Es handelt sich um den Weg bei den Oberen Halden. Wenn Sie der Meinung sind, dass der Zustand dieses Weges einwandfrei ist und es keinen Unterhalt oder Sanierung benötigt für die kommenden 20 Jahre, dann ist der Antrag gerechtfertigt. Wenn man den Weg anschaut und einigermaßen vernünftig denkt, dann kommt man zum Schluss, dass eine Sanierung notwendig ist und aus diesem Grund sollte man den Kürzungsantrag ablehnen und dem Budgetposten zustimmen. Der Entscheid vom Januar ist schon länger her und sollte nicht berücksichtigt werden. Vergessen Sie doch bitte die Verschwörungstheorien.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.8120.3141.00 Unterhalt Flurwege sei um CHF 100'000 zu kürzen.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen zugestimmt.

Seite 79, Konto 1.7900.3132.02 Studien, Projekte Hochbau Gemeindeeigenliegenschaften

Lanz Christian, SVP: Wir stellen den Antrag, das Konto um den Betrag von CHF 60'000 auf neu CHF 25'000 zu kürzen. Die Finanzkommission stellte hier Fragen an die Abteilung Planung, Bau und Umwelt und erhielt die folgende Antwort:

„Entwicklungsstrategie gemeindeeigener Parzellen und Ausarbeitung Immobilienstrategie sind langjährige Anliegen und Forderungen seitens der Politik. Durch den Personalausbau im Bereich Liegenschaften, das bedeutet Leiterin Liegenschaften, können diese Forderungen nun angegangen werden. Die Projektleitung erfolgt intern. Für eine zeitnahe Umsetzung und fachtechnische Begleitung fallen externe Kosten an.“

Also handelt es sich vorliegendenfalls wieder um einen Betrag, welcher einfach in das Budget aufgenommen wird für dasselbe, wie es heute Abend bereits verschiedentlich erwähnt wurde. Es bestätigt sich jedoch, dass die Gemeinde die Arbeiten intern machen kann, ausser es fällt wirklich etwas Ausserordentliches an. Mit der Kürzung um CHF 60'000 auf den Betrag von CHF 25'000 wird das Budget 2018 wieder zum Budget 2017 angeglichen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Christian Lanz hat dies korrekt zitiert. Der Gemeinderat bittet Sie den Antrag der SVP abzulehnen. Der Betrag von CHF 60'000 ist in den Erläuterungen, mit Ausarbeitung Immobilienstrategie und Entwicklungsplanung gemeindeeigener Parzellen, ausgewiesen. Seit einigen Jahren existiert ein hängiger Vorstoss, bei welchem es um die Sanierung der gemeindeeigenen Liegenschaften geht. Der Gemeinderat möchte dies nun endlich umsetzen, ein Immobilienmanagement einführen und eine Strategie entwickeln. Dies ist nun möglich, weil wir eine kompetente Leiterin im Bereich Liegenschaften anstellen konnten, welche ein solches Projekt auch führen kann. Wenn der Einwohnerrat den Betrag von CHF 60'000 aus dem Budget streicht, dann wird der Gemeinderat dies nicht umsetzen. Die Folge davon ist, dass keine Strategie für die nächsten Jahre vorhanden ist. Wenn Sie den Betrag im Budget belassen, kann das Projekt angegangen werden und der Vorstoss kann dann abgeschrieben werden. Der Gemeinderat bittet Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.7900.3132.02 Studien, Projekte Hochbau Gemeindeeigeneliegenschaften sei um CHF 60'000 zu kürzen.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Hinweis

Aufgrund eines Anwendungsfehlers, des für die Tonwiedergabe im Saal verantwortlichen Technikers, wurde ab dem nachfolgenden Zeitpunkt keine Audioaufnahme mehr erstellt. Die Protokollierung wurde in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Votanten rekonstruiert. Es wurde auf eine sinngemässe Wiedergabe der Voten Wert gelegt. Zu den tatsächlich geführten Wortmeldungen ergeben sich somit Abweichungen.

Seite 80, Konto 1.8500.3130.00 Standortförderung

Lanz Christian, SVP: Ich stelle den Antrag, das Konto 8500.3130.00 sei um Fr. 22'000.00 zu kürzen. Der neu budgetierte Betrag beträgt CHF 10'000. Meinen Antrag begründe ich dahingehend, dass eine erstellte Webseite neu zu gestalten, keine zusätzlichen Steuerzahler und auch keine neuen Arbeitsplätze nach Wohlen bringt. Hier ist der Gemeinderat nun endlich gefordert, das notwendige Standortmarketing zu leisten. Der Betrag nach der Kürzung entspricht demjenigen des Budgets 2017.

Huwiler Paul, Vizeammann: Mit den beantragten CHF 22'000 soll die Website der Gemeinde Wohlen für alle elektronischen Devices fit gemacht werden. Auf Smartphones und Tablets mit unterschiedlich großen Displays lassen sich konventionelle Websites in der Regel gar nicht mehr vernünftig darstellen und steuern. Einen Ausweg bietet responsives Webdesign, bei dem die mobile Version und die Standard Web-Version in einer Website vereint werden. Ich bitte Sie diesem Antrag nicht statt zu geben.

Geissmann Thomas, FDP: Ich war einer der Einwohnerräte, der damals dem Kredit zur Standortförderung zugestimmt hat. Ein wesentlicher Grund meiner Zustimmung war damals, dass die Website der Gemeinde Wohlen überarbeitet wird. Deshalb bin ich einigermaßen erstaunt, dass nun nach zwei Jahren die Website abermals einem Redesign unterworfen werden soll.

Huwiler Paul, Vizeammann: Vor zwei Jahren stand diese Technik vom Hersteller für unsere Website noch nicht zur Verfügung und konnte darum auch nicht implementiert werden. Heute lässt sich diese Technik hingegen mit vertretbarem Aufwand nachrüsten. Immer mehr Leute nutzen Smartphones um alles Mögliche zu erledigen. Deshalb ist es wichtig, dass auch unsere Gemeindeforum für diese Technik gerüstet ist. Herr Präsident, ich bitte Sie René Bossert das Wort zu geben um vertiefende Informationen abzugeben.

Bossert René, Bereichsleiter Informatik: Bei dieser Budgetposition geht es um ein rein technisches Redesign, um den Zugriff auf unsere Internetseite für mobile Geräte (Smartphone und Tablets) attraktiver zu gestalten. Der Internetauftritt und somit sämtliche Seiteinhalte sollen fluide-responsive gemacht werden. Das heisst sämtliche Inhalte passen sich dynamisch der Bildschirmgröße des Endgeräts an, von welchem aus der Benutzer zugreift. Es geht in keiner Weise darum am Layout Veränderungen vorzunehmen. Es kann sein, dass gewisse Inhaltsdarstellungen angepasst werden müssen, aber das Gesamterscheinungsbild bleibt bestehen. Die Anzahl der mobilen Zugriffe auf Informationsseiten aus dem Internet ist stetig steigend. Bereits 2014 erfolgte die Hälfte aller Interzugriffe von Mobilgeräten aus. Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen.

Geissmann Thomas, FDP: Wir haben bei uns im Betrieb vor rund fünf Jahren eine neue Website erstellt, die das Responsive Design bereits umgesetzt hat. Weshalb war dies nicht schon vor zwei Jahren möglich?

Bossert René, Bereichsleiter Informatik: Zum Zeitpunkt des Redesigns des Internetauftritts der Gemeinde Wohlen Ende 2015 hat unsere Lieferfirma Innovative Web AG die Möglichkeit eines fluide-responsiven Internetauftritts auf sämtlichen Seiteninhalten noch nicht angeboten. Man kann auch einen sehr komplexen Internetauftritt einer Gemeinde, nicht mit einer Firmenpräsentationsseite vergleichen. Es müssen sehr viel mehr Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, damit alle Seiteninhalte sich dynamisch anpassen können.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.8500.3130.00 Standortförderung sei um CHF 22'000 zu kürzen.

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen zugestimmt.

Seite 81, Konto 1.9610.4451.00 Erträge aus Beteiligungen IB Wohlen AG

Geissmann Thomas, FDP: Dieses Thema ist ein Dauerbrenner. Auch hier lohnt sich ein Blick zurück in die Vergangenheit. 2013 wurde vom Einwohnerrat beschlossen, den Betrag auf CHF 1,2 Mio. anzusetzen. Im Jahr 2014 wurde er dann auf CHF 960'000 belassen, um 2015 wieder auf CHF 1,2 Mio. erhöht zu werden. Im darauf folgenden Jahr wurde er gar auf CHF 1,3 Mio. angehoben. Das hindert den Gemeinderat aber nicht daran, an der Generalversammlung nur CHF 1,1 Mio. zu fordern. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie der Gemeinderat Entscheide vom Einwohnerrat nicht umsetzt. Wir beantragen einmal mehr, den Betrag von CHF 1,1 Mio. auf CHF 1,2 Mio. zu erhöhen. Ich weiss jetzt schon, was der Gemeinderat dazu sagen wird. Er erwähnt die Eigentümerstrategie, die mit der IBW abgeschlossen wurde. Vielleicht kann mir jemand helfen. Ich bin womöglich der einzige Einwohnerrat, der diese viel zitierte Eigentümerstrategie nie zu Gesicht bekommen hat. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass uns diese Eigentümerstrategie zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich kann jetzt aus dem Stegreif nicht sagen ob und wie die Eigentümerstrategie dem Einwohnerrat kommuniziert wurde. In diesem Papier wird zum Thema Dividende lediglich umschrieben wie der Betrag hergeleitet wird. Die Dividende richtet sich nach einer festen Verzinsung des Aktienkapitals (CHF 8 Mio.) von 9% (CHF 720'000) und einem Anteil von 50% am Konzernergebnis über CHF 1,2 Mio. An diesem Mechanismus orientiert sich der Gemeinderat bei der Budgetierung. Allein schon eine Kapitalverzinsung von 9% ist im heutigen Zinsumfeld ein hervorragender Zielwert. Dazu kommt ein Anteil am Konzernergebnis der der IB Wohlen AG. Dieser variable Anteil kann unmöglich einhalb Jahre vor dem Jahresabschluss der IB Wohlen AG genau budgetiert werden. Diese Ergebnisabhängigkeit ist auch der Grund, dass die Dividende einmal höher und einmal tiefer ausfällt. Mich wundert, dass ausgerechnet Einwohnerräte mit einem profunden ökonomischen Rucksack die Ergebnisabhängigkeit von Dividendenzahlungen nicht akzeptieren wollen. Dem Gemeinderat vorzuwerfen, dass er den Willen der Legislative nicht befolge, weil er die Dividende nach dem tatsächlichen Konzernergebnis festlegt, greift ein wenig zu kurz.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.9610.4451.00 Erträge aus Beteiligungen IB Wohlen AG sei um CHF 100'000 zu erhöhen.

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Hüsser Max, SVP: Ich stelle den Antrag, das Konto 3413.5040.00 sei um CHF 100'000 zu kürzen. Ich begründe meinen Antrag wie folgt. Die Klappsitze in der Sportanlage Niedermatten scheinen zwar unbestritten zu sein, doch es kann nicht sein, dass ein runder Betrag von CHF 100'000 im Budget eingestellt wird wenn man erfahren kann, dass diese Kosten sich im Betrag zwischen CHF 30'000 und CHF 50'000 bewegen. Hier ist es sicher angebracht, wenn der Gemeinderat mit einem sauber erarbeiteten Bericht und Antrag an den Einwohnerrat gelangt und mindestens zwei bis drei Vergleichsofferten einholt.

Geissmann Thomas, FDP: Wir sind wie die SVP ebenfalls dagegen, allerdings aus einem ganz anderen Grund. Ich spreche jetzt ein hartes Wort aus, das aber trotzdem wahr ist. Die Gemeinde ist in Geiselhaft des FC Wohlen. Weil die Gemeinde Grundeigentümerin ist, werden wir jedes Mal zur Zahlung verpflichtet, wenn wieder investiert werden muss. Sie können sich das so vorstellen, dass Sie zur Miete in einer Wohnung sind. Sie haben einen Kühlschrank, den Sie durch ein modernes Foodcenter ersetzen möchten. Nun gelangen Sie zum Vermieter mit der Forderung, er soll die Kosten dafür übernehmen, obwohl der Kühlschrank noch einwandfrei läuft und seine Nutzungsdauer noch längst nicht überschritten ist. Die Klappsitze sind ein weiteres Beispiel dafür, wie Partikularinteressen im Einwohnerrat vertreten werden. Viele sind mit dem FC Wohlen verbunden und stimmen dieser Investition deshalb zu. Ich möchte Sie aber daran erinnern, dass Sie das Gesamtwohl der Wohler Bevölkerung vertreten. Sie haben das Gesamtinteresse der Wohler Steuerzahler zu vertreten. Deshalb ist es grundfalsch, dass wir diesen Betrag gutheissen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie, diesen Beitrag im Budget zu belassen. Der Einbau von Klappsitzen beruht auf die Sicherheitsnorm SN EN 13200:1 für Zuschaueranlagen im Sportbereich. Damit soll ein Übersteigen der Ränge verhindert werden und es sollen genügend breite Fluchtwege zur Verfügung stehen. Die Swiss Football League hat diese Norm im Anforderungskatalog für die Fussballstadien der beiden höchsten Spielklassen festgeschrieben. Dies im Jahr 2006, also zwei Jahre nach der Eröffnung der Sportanlagen Niedermatten. Die gewährte Übergangsfrist von 10 Jahren liess die Gemeinde als Stadionbesitzerin verstreichen. Eigentlich hätten diese Sicherheitsauflagen also bereits für die Saison 2015/2016 erfüllt werden müssen. Wir sind also deutlich in Verzug und nun müssen die normgerechte Tribühnensitze zwingend auf den Start der kommenden Saison hin montiert werden, da dem FC Wohlen sonst eine Busse droht oder im schlimmsten Fall ein Lizenzentzug im Raum steht. Wie bei anderen Streichungsbegehren will auch mit diesem Antrag erreicht werden, dass die benötigten Mittel mit einer separaten Kreditvorlage im Einwohnerrat behandelt werden sollen. Aus Sicht des Gemeinderates ist auch hier das Budget der richtige Ort für die Behandlung dieses Geschäfts. In einem Punkt stimme ich dem Antragsteller zu: Es ist richtig, dass der Betrag von CHF 100'000 aus heutiger Sicht zu hoch angesetzt ist. Er entspricht dem damaligen Stand der Abklärungen im Rahmen des Budgetprozesses und beruht auf einer Richtofferte. In der Zwischenzeit getätigte Abklärungen zeigen nun, dass wir mit Bruttokosten von rund CHF 70'000 rechnen können. Davon abgezogen werden dann noch die Beiträge des FC Wohlen und des Swisslos-Sportfonds. Wird der Beitrag im Budget belassen, werden wir unverzüglich eine Ausschreibung vornehmen und Offerten einholen. Ich versichere Ihnen gerne, dass der Gemeinderat keinen Franken mehr als nötig für dieses Projekt auszugeben gedenkt und alles daran setzen wird, eine möglichst kostengünstige Umsetzung dieser sicherheitsrelevanten Vorgabe anzustreben. Der Gemeinderat bittet Sie daher, auf die Streichung dieses Betrags zu verzichten.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Ich möchte den verantwortlichen Gemeinderat fragen, was geschieht, sollte man diese Klappsitze nicht installieren und ob dies eine Busse, Strafe oder ein Punkteabzug zur Folge hat.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Sollten die Klappsitze nicht bewilligt werden, trägt dies keine Busse oder sonst eine Strafe mit sich.

Burkard Thomas, Grüne: Auch mir bereiten die CHF 100'000 Investitionskosten für diese Klappsitze im Stadion Niedermatten keine Freude. Eigentümerin der Sportanlage Niedermatten ist aber die Einwohnergemeinde Wohlen und als solche ist sie verpflichtet, bauliche Kosten zu tragen, respektive diese Investitionskosten mitzufinanzieren. Hier handelt es sich um eine Auflage der Swiss Football League, die jetzt umgesetzt werden muss und keinen Aufschub mehr erträgt. Ansonsten drohen Sanktionen gegen den FC

Wohlen, die den Verein in jedem Fall negativ treffen würden. Der FC Wohlen kann diese Kosten nicht allein tragen, er trägt sie aber mit, gemäss dem seinerzeit vereinbarten Mitfinanzierungsschlüssel. Ich war dabei, als diese Vereinbarung aller Niedermatten-Vereine mit der Gemeinde ausgehandelt wurde. Die Höhe der Beteiligung können wir jetzt nicht im Alleingang abändern, das wäre unseriös. Also beissen wir in diesen sauren Apfel und finanzieren gemäss diesen Gegebenheiten! Auch die anderen Vereine in den Niedermatten haben Begehren, so neuerdings der Tennisclub. Auch da muss der Einwohnerrat in Kürze schauen, wie er sich dazu stellt. Ich denke laut: Was macht die Gemeinde, wenn der FC Wohlen aufgibt, den Bettel hinwirft? Das wäre ein viel grösseres Problem für die Gemeinde.

Lütolf Harry, CVP: Ich habe durchaus ein gewisses Verständnis für die Äusserungen von Seiten des Antragstellers von der SVP und von Seiten Thomas Geissmann von der FDP. Wir müssen das sicher langfristig wieder anschauen. Heute ist aber nicht der richtige Zeitpunkt! Diese Klappsitze heute aus dem Budget zu streichen ist riskant. Niemand kann sagen, was dann passiert. Die Gefahr ist durchaus real, dass der FC Wohlen in der aktuellen Liga nicht mehr spielen darf. Auf diesen Poker lasse ich mich nicht ein. Wir können auch nicht die Haltung einnehmen, dass diese Bestuhlung nur Sache des FC Wohlen wäre. Die Vorredner nehmen die Haltung ein, der FC Wohlen solle diese Klappsitze selber finanzieren. Konsequenterweise wäre der FC Wohlen dann auch Eigentümer der Sitze. Soll der FC Wohlen diese Sitze etwa wieder abschrauben, wenn er absteigen muss oder diese anderweitige verwenden will oder sollen die Sitze in die Konkursmasse kommen, wenn der FC die Bilanz deponieren müsste? Die Gemeinde tut gut daran, wenn sie als Eigentümerin der Anlage auch diese Sitze finanziert. Die Alternative, die uns von Marco Palmieri vorgestellt wurde, ist wohl nicht ganz ernst gemeint. Ich kenne jedenfalls kein Stadion in der Liga des FC Wohlen, in dem man auf „Gummimätteli“ sitzen müsste. Das wäre schon fast lächerlich. Ich möchte noch betonen, dass ich selber selten bis nie im Fussballstadion anzutreffen bin. Ich stimme diesem Budgetposten also nicht aus persönlicher Vorliebe zu. Vielmehr erkenne ich die Notwendigkeit und die Dringlichkeit des Anliegens. Alles weitere können wir uns später genauer anschauen.

Abstimmung

Dem Antrag

Das Konto 1.3413.5040.00 Hochbauten, Budgetkredit sei um CHF 100'000 zu kürzen.

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Stellenplan

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Ich möchte auf einen Fehler beim Stellenplan 2018 hinweisen. Das Total bei der Darstellung der „festen Stellen“ stimmt um jeweils 0.6 nicht. Abgebildet ist ein zu tief errechnetes Total. Anlässlich der Sitzung der Finanzkommission wurde dies bemerkt.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Die Summe Stellenplan 2018 beträgt korrekt 107.75 (statt 107.15) und im Jahr 2017 109.7 (statt 109.1). Bei den einzelnen Stellen gab es bei der zweiten Dezimalstelle Rundungsfehler und infolge der Eingabe von 0,6 Stellen mit einem „Komma“ statt einem Punkt, wurde diese nicht addiert.

Artengliederung

3010 Löhne

Geissmann Thomas, FDP: Die Löhne des Gemeindepersonals sind meiner Meinung nach sehr gut im Vergleich zur Wirtschaft. Wir wissen alle, dass die Wirtschaft in den letzten Jahren unter grossen Druck gekommen ist. Lohnerhöhungen sind in der Wirtschaft deshalb eine Seltenheit. Mit einer Nullrunde haben wir die Gelegenheit, dass sich die Lohnunterschiede wieder angleichen. Deshalb beantragen wir, auf die Lohnerhöhung vollständig zu verzichten.

Huwiler Paul, Vizeammann: Namens des Gemeinderates bitte ich Sie eindringlich diesem Antrag nicht statt zu geben. Jahr für Jahr wird behauptet, dass in der Wirtschaft keine Lohnerhöhungen gewährt würden. Und Jahr für Jahr lesen wir dann Anfang des neuen Jahres oder spätestens nach den Sommerferien zu Beginn der neuen Lohnverhandlungen wie viel mehr Lohn die einzelnen Branchen im vergangen Jahr eben doch gewährt haben. Klar, nicht alle Branchen bekommen gleich viel und es gibt auch Nullrunden. Entscheidend ist beim Antrag des Gemeinderates, dass die Erhöhung der Lohnsumme individuell ausgerichtet werden soll. Das Lohnsystem der Gemeinde Wohlen geht davon aus, dass jedes Jahr eine bestimmte Summe für die persönlich Entwicklung von Mitarbeitenden zur Verfügung stehen soll. Ein Abteilungsleiter soll bei der Einstellung eines neuen Mitarbeitenden den Jahreslohn so ansetzen, dass bei guter Leistung, entsprechender Entwicklung und Weiterbildung der Jahreslohn später angehoben werden kann. Dazu braucht es aber genau diese Mittel. Nullrunden befeuern den Fehlanreiz lieber etwas mehr Anfangslohn zu gewähren weil ja in den kommenden Jahren sowieso mit keiner Lohnentwicklung gerechnet werden kann. Sehr geehrte Einwohnerinnen und Einwohner. Wenn Sie dem Lohnsystem, das Sie selber mittels Einwohnerratsbeschluss eingeführt haben, nicht jegliches Leben aushauchen wollen, müssen Sie gegen diesen Antrag stimmen.

Meier Cyrill, SP: Um eine komplette Nullrunde bei den Löhnen zu verhindern, stellt die SP Wohlen zähneknirschend folgenden Kompromiss vor. Die individuellen und leistungsbezogenen Löhne des Gemeindepersonals sollten um 1% erhöht werden. Diese Erhöhung sollte dem Gemeindepersonal mit den niedrigen Lohnbändern zu Gute kommen. Uns ist bewusst, dass diese Entscheidung nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates liegt, sondern beim Gemeinderat. Wir möchten auf diesem Weg dennoch dem Gemeinderat empfehlen, dass sie genau denen Personen eine individuelle Lohnerhöhung gestatten, die eher wenig verdienen.

Wir wollen auch nochmals die restlichen Mitglieder des Einwohnerrats daran erinnern, dass wir erst kürzlich unser Sitzungsgeld erhöht haben und dementsprechend dem Gemeindepersonal auch eine Erhöhung gönnen können, um nicht heuchlerisch zu wirken. Schliesslich wurden in den letzten Jahren zahlreiche Lohnerhöhungen teilweise oder komplett vom Einwohnerrat gestrichen. Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Dörig Werner, FDP: Wie ihr wisst, bin ich Angestellter des Kantons Aargau. Dieser hat seinen Angestellten seit etlichen Jahren keine Lohnerhöhung mehr gewährt. Auch beim Kanton Aargau wird nach Leistung entlohnt, beziehungsweise aufgrund der Qualifikationen, die aber im Grunde genommen hinfällig geworden sind. Das heisst nun aber nicht, dass die Gemeinde Wohlen mit ihrem Personal gleich verfahren soll. Ich stelle deshalb den Antrag, die Lohnsumme um 0.5% zu erhöhen, in der Hoffnung, dass insbesondere die Angestellten im unteren Lohnsegment und die jüngeren Mitarbeiter in den Genuss einer Lohnerhöhung kommen. Ich selber bin und fühle mich als Arbeiter – ich leite kein Unternehmen. In meinem Alter und einige Jahre vor der Pensionierung und für Angestellte des oberen Kaderns drängt sich eine Lohnerhöhung nicht zwingend auf, sie sollte also den jüngeren Mitarbeitern zu Gute kommen. Es wäre ein Zeichen des Arbeitgebers, gute Leistung zu honorieren, was auch zusätzliche Motivation für die Mitarbeitenden bedeuten würde.

Geissmann Thomas, FDP: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrages meines Parteikollegen Werner Dörig zurück.

Abstimmung

Der Antrag der SP (1.0%) wird dem Antrag der FDP (0,5%) gegenübergestellt:

Antrag SP (1,0%)	13 Stimmen
Antrag FDP (0,5%)	22 Stimmen

Der Antrag der FDP obsiegt.

Der Antrag der FDP (0,5%) wird dem Antrag des Gemeinderates (1,45%) gegenübergestellt:

Antrag FDP (0,5%) 25 Stimmen
Antrag Gemeinderat (1,45%) 10 Stimmen

Der Antrag der FDP obsiegt.

Abstimmung

Dem Antrag

Lohnerhöhung um 0,5%

wird mit 31 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Steuerfuss

Brunner Edwin, SVP: Die SVP möchte Ihnen folgenden Antrag stellen. Der Steuerfuss soll neu 108% betragen. Dies ist eine sehr moderate Kürzung von zusätzlichen 2%. Wir alle wissen, dass in den nächsten Jahren Grossprojekte anstehen, dies wird mit zusätzlich Steuereinnahmen zu bezahlen sein. Im nächsten Jahr wird jedoch noch keines der Grossprojekte abgerechnet. Zudem profitiert Wohlen vom neuen Finanzausgleich. Wir haben heute schon Geschenke verteilt, z.B. die neue Bestuhlung im Stadion Niedermatten deshalb ist es an der Zeit, auch einmal der Bevölkerung ein Geschenk in der Form einer Steuerfussanpassung zu machen. Jedes Familienoberhaupt wird Ihnen dankbar sein wenn ein Teil der zu erwartenden Krankenkassenprämienenerhöhung durch tiefere Steuern ausgeglichen wird. Oder wenn nur einmal ein neues Etui für die schulpflichtigen Kinder drin liegt. Wir bitten Sie deshalb unserem Antrag stattzugeben.

Palmieri Marco, parteilos: Die SVP unterstützte die Rückweisung des vorliegenden Budget 2018 wie es die FIKO vorgeschlagen hat. Wir beantragen eine Senkung des Steuerfuss auf 105% (113% im 2016 -8%) was den effektiven Mehreinnahmen, welche die Gemeinde aufgrund der neuen gesetzlichen Ausgangslage mit dem Finanzausgleiches von CHF 2,7 Mio., gleich kommt. Wohlen profitiert von der Neuordnung des Finanzausgleiches, bereinigt um über CHF 2,7 Mio. Wohlen erhält aufgrund des Finanzausgleiches Beiträge im Umfang von über CHF 4,5 Mio.! Gemäss Seite 40 im Budget 2018 geht man von einem operativen Ergebnis von CHF -850'000 aus. Ohne neuem Finanzausgleichsgeschenk wäre das Defizit CHF 0,85 Mio. und CHF 2,7 Mio., was ein Total von CHF 3,55 Mio. ergibt. Oder mit dem Gesamtfinanzausgleichsgeschenk von CHF 4,5 Mio. würde es sogar ein Defizit von CHF 5,35 Mio. ergeben.

Küng Magdalena, Grüne: Wir Grünen beantragen einen Steuerfuss von 113%. Wir haben in unserem Eingangsvotum bereits auf die Gründe und die Notwendigkeit für diesen Steuerfuss hingewiesen. Alles darunter ist gefährlich, wir lassen Wohlen ausbluten. Auch wenn die anstehenden Investitionen erst 2019 budgetrelevant werden, müssen wir uns jetzt schon darauf vorbereiten. Die SVP redet davon, dass wir Geschenke machen sollen. Wie wär es, wenn wir Wohlen eine lebenswerte Zukunft schenken und den Steuerfuss auf 113% anheben?

Vogt Roland, Gemeinderat: Der Gemeinderat wird am Steuerfuss von 110% festhalten. Es gibt Vorgaben des Kantons aufgrund des Finanz- und Lastenausgleichs. Das Stimmvolk von Wohlen hat diesen Steuerfussabtausch unterstützt und erwartet jetzt die Senkung um 3%, denn der Steuerzahler zahlt dem Kanton ab dem nächsten Jahr 3% mehr.

Der Antrag der SVP von 108% ist aufgrund der finanzpolitischen Lage nicht möglich, und ein Antrag auf eine Erhöhung wird der Kanton vermutlich ablehnen, weil das Ergebnis bereits jetzt mit CHF 1,5 Mio. Plus abschliessen wird.

Muff Josef, SP: Wohlen hatte einst CHF 44 Mio. Schulden. Danach wurde nichts mehr investiert und nur immer der Steuerfuss nach unten korrigiert. Bei 100% meinten dann alle, wir sind die Grössten. Aber dies ist nicht der Fall gewesen, denn die fehlenden Investitionen sind dann zum Problem geworden und Ähnliches droht jetzt auch wieder.

Sax Simon, GLP/EVP: Wir haben heute Abend schon viele Gründe für unterschiedliche Steuersätze gehört. Ich vertrete die Meinung, dass die finanzielle Situation der Gemeinde Wohlen auch mit dem vom Gemeinderat beantragten Steuerfuss von 110% nach wie vor ungenügend ist. Denken wir nur an die im Finanzplan deutlich dargestellte Zunahme unserer Schulden bis annähernd 100 Millionen. Zugegeben, aktuell sind die Zinssätze zum Glück sehr tief. Aber die Schulden müssen trotzdem irgendwann zurückbezahlt werden, wir können sie nicht einfach den nächsten Generationen überlassen. Und es ist wohl unbestritten, dass es das Beste wäre, wenn die Schulden gar nie in solche Höhen steigen würden. Darum ist möglichst bald, und da denke ich konkret an das vorliegende Budget des Jahres 2018, eine möglichst hohe Selbstfinanzierung anzustreben, um einen grösseren Teil der geplanten Ausgaben mit eigenen Mitteln zu bezahlen. Ich bin der Meinung, dass Wohlen nicht hauptsächlich ein Ausgabenproblem hat. Für mich liegt das Übel viel mehr in der tiefen durchschnittlichen Steuerkraft und somit bei den Einnahmen. Zudem glaube ich, dass das Volk die nun beantragte Steuerfussreduktion um 3% und dann die Erhöhung um 5% im Jahr 2019 nur schlecht versteht. Ich appelliere deshalb für einen Steuerfuss von 113%. Dem Volk ist offen zu kommunizieren, dass es sich dabei wegen dem Steuerfussabtausch mit dem Kanton um eine Steuererhöhung um 3% handelt. Viele Investitionen werden ja aktuell bereits umgesetzt, da sieht man den Mehrwert.

Abstimmung

Die Anträge der SVP (108%), der Grünen (113%) und von Marco Palmieri (105%) werden einander gegenübergestellt. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus.

Antrag SVP (108%):	17 Stimmen
Antrag Grüne (113%):	17 Stimmen
Antrag Marco Palmieri (105%):	1 Stimme

Der Antrag von Marco Palmieri (105%) scheidet aus, somit werden die Anträge der SVP (108%) und der Grünen (113%) einander gegenübergestellt:

Antrag SVP (108%):	18 Stimmen
Antrag Grüne (113%):	17 Stimmen

Der Antrag der SVP obsiegt.

Der Antrag der SVP (108%) wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt (110%):

Antrag SVP (108%):	9 Stimmen
Antrag Gemeinderat (110%):	26 Stimmen

Der Antrag des Gemeinderates obsiegt.

Genehmigung des Budget 2018 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 110%.

Abstimmung

Das Budget 2018 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 110%

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen angenommen.

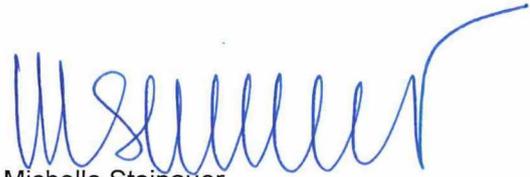
Duschén Andrea, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 20. November 2017 statt. Sie beginnt voraussichtlich um 19.00 Uhr.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Andrea Duschén
Präsident Einwohnerrat



Michelle Steinauer
Gemeindeschreiber-Stv.